

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 47

JUNI 1983

DM 1,-

Verteidigt DDR und Sowjetunion gegen NATO-Kriegskurs!

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!

Nachfolgend veröffentlichen wir das Referat der Genossin Elke Gasper, Mitglied des ZK der TLD, das sie bei unserer Veranstaltung auf dem alljährlichen Fest der Lutte Ouvrière (in diesem Jahr auch der Ligue Communiste Révolutionnaire) am 22. Mai in Paris gehalten hat.

Revolutionäre Wiedervereinigung ist das Programm für proletarische Macht in Deutschland. Was für ein Land ist Deutschland? Deutschland ist eine Nation, geteilt in zwei Staaten: eine imperialistische Macht und ein

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

deformierter Arbeiterstaat. Das ist das Ergebnis der Besetzung Deutschlands nach 1945 durch die Alliierten. Zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert hatte die deutsche imperialistische Bourgeoisie versucht, die Welt zu beherrschen, und zum zweiten Mal schlug dieser Versuch fehl.

Deutschland ist eine Nation, d. h. es gibt eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Sprache, und bis 1945 gab es eine gemeinsame Wirtschaft. Nach dem Krieg wurden mit der Hilfe des amerikanischen Imperialismus und seinem Marshallplan in Westeuropa wieder kapitalistische Staaten aufgebaut. Die stalinistische Bürokratie in der Sowjetunion ließ das kriminellerweise geschehen. Die Kommunistischen Parteien von Frankreich, Italien und Griechenland verrieten die Revolution, und Stalin verkaufte die sozialistische Zukunft Europas an den Verhandlungstischen von Jalta und Postdam, indem er das machtvolle deutsche Proletariat spaltete.

Und was taten die sowjetischen Truppen in Ostdeutschland? Sie zerschlugen die antifaschistischen Komitees der Arbeiter, die in den Städten die Macht ausübten und Organe der Arbeitermacht hätten werden können. Die Stalinisten zerschlugen diese Komitees



Wie im November 1918 kann das deutsche Proletariat die sozialistische Zukunft Europas entscheiden

und versuchten, bürgerliche Scheinregierungen aufzubauen. Aber als eine Reaktion auf den Beginn des Kalten Krieges wurden sie vom amerikanischen Imperialismus gezwungen, einen deformierten Arbeiterstaat in Ostdeutschland zu errichten. Das hieß, daß die kollektivierten Eigentumsformen der Sowjetunion bürokratisch ausgeweitet wurden. Die Bourgeoisie wurde enteignet, und im Gegensatz zu Westdeutschland wird die Gesellschaft auf Grundlage einer Planwirtschaft organisiert – nicht auf der Grundlage

des kapitalistischen Profitsystems, das für die Arbeiter Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Krieg bedeutet. Das ist eine historische Errungenschaft für die internationale Arbeiterklasse, die gegen Imperialismus und innere Konterrevolution verteidigt werden muß, sie muß verteidigt werden trotz der stalinistischen Bürokratie, die die Arbeiter politisch unterdrückt.

Die Entwicklung von zwei verschiedenen Wirtschaftssystemen in Deutschland heißt nicht, daß es zwei verschiedene Nationen

gibt. Das behauptet die stalinistische Bürokratie in Ostdeutschland. Sie sagt, daß die DDR eine „sozialistische Nation“ sei. Dadurch erlaubt die stalinistische Bürokratie, daß die legitimen nationalen Gefühle des deutschen Volkes von der Bourgeoisie und ihrer Agentur innerhalb der Arbeiterbewegung, der SPD, ausgenutzt werden können.

Die revanchistischen Gelüste des deutschen Imperialismus – nicht nur gegenüber der DDR – sondern auch gegenüber den

Fortgesetzt auf Seite 8

**MG-Aufstehn
für den Status quo**

Seite 6

**Für einen
siegreichen 17. Juni!**

Seite 3

Internationaler Protest von Tamilen, Spartacists

Zerschlagt den Terror der UNP gegen die Tamilen in Sri Lanka!

Ob Washington, London oder Paris, wohin auch immer der Premierminister von Sri Lanka, Premadasa, im April auf seiner Bittreise zu den imperialistischen Gebietsregierungen der Lanka-Bourgeoisie kam, wurde er von militanten Protesten empfangen. Initiiert von der internationalen Spartacist Tendenz (iST) schallten ihm wütende Sprechchöre entgegen: „Premadasa und Jayewardene – Blut klebt an euren Händen!“ Premadasa ist Vertreter von J. R. Jayewardenes United National Party (UNP), die immer mehr auf eine nackte Diktatur zusteuert. Im Dezember peitschte sie ein Plebiszit durch, um die Legislaturperiode des von der UNP beherrschten Parlaments um sechs Jahre zu verlängern. Das bedeutet weitere sechs Jahre Austerität unter der Peitsche des Internationalen Währungsfonds (IWF) und Terror gegen die tamilische Minderheit. JRs UNP hat sich allen Diktaturen der imperialistischen Bankiers gebeugt: massive Streichungen bei der staatlichen Unterstützung von Lebensmitteln, im Gesundheitsdienst und in der Erziehung, ein Leben in Not und Elend für die Arbeiterklasse und Armen. Gleichzeitig setzt JR alles daran, um die US-Hegemonie im Indischen Ozean weiter auszubauen und dabei Reagans mörderischen Beratern wie Jeane Kirkpatrick hilfreich zur Hand zu gehen.

Auf allen Demonstrationen wurde die Beendigung der blutigen staatlichen Unterdrückung der Tamilen im Norden Sri Lankas gefordert, wo Hunderte in Militärhaft sitzen, davon viele als „Verschwundene“ ohne Anklage und bedroht von Terror und Folter unter dem drakonischen *Prevention of Terrorism Act*.

Unter den zwei Dutzend kämpferischen Demonstranten von der Spartacist League/U.S. und der Tamil Eelam Association of America, die Premadasa am 13. April in Washington mit Sprechchören wie „Stoppt den antitamilischen Terror!“ konfrontierten, befanden sich auch einige Tamilen, die selber in Sri Lanka verhaftet, geschlagen und gefoltert worden waren. Während Premadasa hastig in das National Press Building eskortiert wurde, griff ein Sprecher der Tamil Eelam Association of America die Regierung von Premadasa/JR wegen Völkermords an den Tamilen an: „Wir werden ermordet, abgeschlachtet und lebendig verbrannt. Ceylon ist eine Insel mit zwei Staaten. Tamil-Eelam ist von der singhalesischen Armee von Sri Lanka besetzt... Sie töten unsere Babies... das ist ihre Endlösung für die Tamilen.“ Die Demonstranten forderten unter anderem: Volle Staatsbürgerrechte für die Tamilen! Für das Recht auf Selbstbestimmung für die Tamilen! Stoppt den Waffenhandel zwischen den USA und JR! USA: Hände weg von Trincomalee und Diego Garcia!

Ein Sprecher der Spartacist League erklärte:

„Wir sind hier, um gegen Premadasas Besuch in den USA zu protestieren. Was hat er denn der amerikanischen herrschenden Klasse zu erzählen? JR, du warst so ein braver Junge auf der Blockfreienkonferenz, als du gegen die Resolution gegen die Militärbasen auf Diego Garcia gestimmt hast. Du hast alles getan, was dir die amerikanische Regierung aufgetragen hat. Und was ist mit den geheimnisvoll verdunkelten Abkommen über die Benutzung von Treibstofftanks in Trincomalee? Was ist mit den IWF-Krediten, die die US-Regierung kappen will? Geht es darum in euren Gesprächen hier, Mr. Premadasa? Reagan braucht Verbündete wie

JR für seine Kriegshetze gegen die Sowjetunion. JR ist bereit, jeden Tropfen Blut aus den Arbeitern und Bauern in Sri Lanka herauszupressen, um damit sein bankrott-kapitalistisches Regime mit Hilfe Reagans über Wasser zu halten. Darum sind wir hier, um gegen die üble Verbindung zwischen der US-Regierung und Jayewardene zu protestieren. Wir müssen für sozialistische Revolution auf dem indischen Subkontinent und in Ceylon kämpfen, tamilische Arbeiter in Lanka und Indien sind der Schlüssel für die Revolution im südlichen Asien!“

Paris

Am 21. April füllten rund 200 militante Demonstranten den Bürgersteig vor dem Büro der Air Lanka und besetzten fast einen ganzen Block der rue du 4 Septembre. Ihr Protest richtete sich gegen Premadasas Besuch in Frankreich. Wie schon in Washington erregte auch diese Aktion internationales Aufsehen für das verzweifelte Schicksal der unterdrück-

Pläne der Imperialisten, die Arbeiterstaaten, wie die Sowjetunion und Vietnam, wiederzuerobern. Nicht ein Fußbreit von Lanka den Imperialisten! Frankreich und USA raus aus dem Indischen Ozean! Frankreich raus aus Mayotte! Unabhängigkeit für die Reunion-Insel! Nieder mit Reagans/Mitterrands antisowjetischem Kriegskurs!“

hob vor allem den Kampf gegen die brutale Unterdrückung der Frauen in Sri Lanka hervor. Auf den Tee-, Gummi- und Kokosplantagen, wo die staatenlosen Tamilen für weniger als einen Dollar pro Tag schufteten, werden Frauen sogar noch unter diesem Hungerlohn bezahlt. Und in den „Freihandelszonen“ hat die UNP, um ausländisches Kapital anzuziehen, praktisch Sklavenarbeitslager errichtet,



Paris, 21. April: Unsere Genossen der Ligue Trotskyste de France und tamilische Aktivisten protestieren gegen den ceylonesischen Henker Premadasa (Bild oben)

Bonn, 21. Mai: TLD-Block auf der Demonstration gegen Jayewardenes Terror gegen die Tamilen in Sri Lanka: Für das Recht der Tamilen auf Selbstbestimmung! Tamilen sind der Schlüssel zur Revolution in Indien/Lanka! Baut die Spartacist League/Lanka auf! (Bild links)

ten Tamilen in Sri Lanka. Unsere Genossen der Ligue Trotskyste de France (LTF) hatten dazu aufgerufen, unterstützt wurde die Demonstration von der Peoples Liberation Organisation – Tamil Eelam und Tamil Eelam Liberation Council. Über 150 Tamilen nahmen teil, Sprechchöre in englisch, französisch und tamilisch erschallten unermüdlich über eine Stunde lang. Tamilische Aktivisten riefen: „Stoppt die Folter an der tamilischen Jugend!“ und „Das tamilische Volk muß den Belagerungszustand brechen!“ Losungen und Plakate der LTF lauteten unter anderem: „Sofortige Freilassung aller verhafteten tamilischen Befreiungskämpfer! Premadasa/UNP: antitamilische Schlächter, proimperialistische Lakaien! Für eine Arbeiter- und Bauernregierung in Sri Lanka!“ und „Volle Staatsbürgerrechte für die Immigranten in Frankreich!“

Ein Sprecher der LTF wandte sich an die Demonstranten: „Reagan hat in Mitterrand einen loyalen Verbündeten für seinen imperialistischen Kriegskurs gegen die Sowjetunion“ und in einer Stellungnahme der LTF dazu hieß es:

„Der amerikanische Stützpunkt auf Diego Garcia und die Versuche der USA, sich Zugang zu dem militärischen Schlüsselhafen von Trincomalee zu verschaffen, sind zentral für die konterrevolutionären

Die Literatur der iST fand reißenden Absatz, darunter vor allem 100 *Spartacist Illangai*, die tamilischsprachige Zeitung unsere Genossen der Spartacist League/Lanka. Die gemeinsame Demonstration endete damit, daß tamilische Aktivisten ihre Hymne „Tamil Eelam“ sangen und die Genossen der LTF die „Internationale“ anstimmten.

London

Trotz heftiger Regenschauer protestierte die Spartacist League/Britain (SL/B) am 18. April vor Downing Street No. 10, wo Premadasa eintraf, um mit der „eisernen Lady“ Margaret Thatcher, Vertreterin der früheren Kolonialherren“ und Unterdrückerin der Völker Lankas, Reagans loyale Verbündete in seinem antisowjetischen Kriegskurs, den Tee zu nehmen. Als Premadasas Limousine durch das Tor schoß, dröhnten ihm die Sprechchöre unserer Genossen in den Ohren: „Männer, Frauen, Tamilen, Singhalesen, stürzt die UNP!“ Zwei Tage vorher schloß sich ein Spartacist-Block einer Kundgebung der Tamil Women's League vor dem Ceylon Tea Center an, um gegen die Verhaftung der tamilischen Aktivistin Nirmala Nithiananthan und ihres Ehemannes sowie anderer in Jaffna zu protestieren. Die SL/B

wo die jungen Arbeiterinnen in Baracken hausen und Gewerkschaften verboten sind.

Bonn

Organisiert von Tamilen-Exil-Gruppen demonstrierten 600 wütende Tamilen am 21. Mai in Bonn gegen den blutigen Terror des Jayewardene-Regimes. „JR, du bist ein Terrorist!“, skandierten sie, „Raus mit der singhalesischen Armee aus den tamilischen Gebieten!“ Die Empörung der Demonstranten drückte sich auch auf Plakaten aus, wie „JR auf dem Pfad von Hitler und Amin“, ein anderes lautete: „Schützt die Sowjetunion vor dem imperialistischen atomaren Holocaust“. Als einzige Organisation der westdeutschen Linken beteiligte sich ein militanter Block der Trotskistischen Liga Deutschlands, deren Plakate, besonders zwei in tamilischer Sprache, die Aufmerksamkeit der tamilischen Demonstranten erregte: „Tamilische Arbeiter – Schlüssel zur Revolution in Lanka/Indien! Die Verteidigung von Sowjetunion/Vietnam beginnt in Trincomalee/Lanka!“ TLD-Genossen verkauften 291 Publikationen der internationalen Spartacist Tendenz, darunter über 150 *Illangai Spartacist*, die tamilische Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/Lanka.

Fortgesetzt auf Seite 4

Die Wahrheit über den ostdeutschen Arbeiteraufstand

Für einen siegreichen 17. Juni!

Der Aufstand vom 17. Juni war die erste Rebellion gegen die Bürokratie in einem deformierten Arbeiterstaat. Es war ein Aufstand für ein rotes Rätedeutschland, für die revolutionäre Einheit des deutschen Proletariats, und nicht eine antikommunistische Revolte, wie die revanchistische deutsche Bourgeoisie und die Apologeten der Niederschlagung des 17. Juni uns weismachen möchten. Es war kein prokapitalistischer „Volksaufstand“ am „Tage X“, sondern eine fast ausschließlich von ostdeutschen Arbeitern getragene Rebellion in Ostberlin und den Industriegebieten um Halle-Bitterfeld. Der 17. Juni 1953 war nicht Solidarność' Polen: weder religiöse und antisowjetisch-nationalistische Töne, noch Unterstützung für das imperialistische Westdeutschland und die USA. Vielmehr forderten die klassenbewußten Arbeiter, die keine Rückkehr zum Kapitalismus wollten, unter anderem eine „Metallarbeiterregierung“. Der Aufstand vom 17. Juni hätte zu einem revolutionär wiedervereinigten Deutschland führen und damit die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa auf die Tagesordnung setzen können. Aber um zu siegen, hätte der Arbeiteraufstand einer trotzkistischen Führung bedurft, die das ostdeutsche Proletariat mit dem klaren Programm der politischen Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie bewaffnet und das westdeutsche Proletariat zur Verteidigung der Errungenschaften des ostdeutschen Arbeiterstaates und zur sozialistischen Revolution zum Sturz der Bourgeoisie mobilisiert hätte.

Als der Aufstand am 16./17. Juni losbrach, fürchtete die deutsche Bourgeoisie zu Recht die entfesselte Macht des ostdeutschen Proletariats, die auch zum Sturz ihrer Klassenherrschaft im Westen hätte führen können. Das gleiche traf für ihre sozialdemokratische Agentur innerhalb der Arbeiterbewegung zu. Die SPD folgte der Order ihres Zahlmeisters vom CIA und rührte keinen Finger, um die westdeutschen Arbeiter zur Unterstützung ihrer ostdeutschen Klassenbrüder gegen die reaktionäre kapitalistische Adenauer-Regierung zu mobilisieren. Alles, was den bürgerlichen Geschichtsfälschern bleibt, ist der Versuch, den 17. Juni in einen revanchistischen „Tag der deutschen Einheit“ umzumünzen, in einen Feiertag des deutschen Imperialismus, an dem er unverhohlen seine Besitzansprüche auf seine nach dem Zweiten Weltkrieg verlorenen Ostgebiete anmeldet, „von der Maas bis an die Memel“.

Aber der 17. Juni 1953 gehört der Arbeiterklasse, nicht der Bourgeoisie! Es ist unsere Aufgabe als leninistische Revolutionäre, die Lehren aus dem gescheiterten Aufstand zu ziehen, um die Arbeiter im Osten und Westen für einen neuen, siegreichen 17. Juni auszurüsten zu können.

Stalin – Totengräber der Revolution

Anfang 1945 befreite die sowjetische Rote Armee Ostdeutschland vom Hitlerfaschismus. Aber die Rote Armee war als bewaffneter Arm der Kreml-Bürokratie gekommen,



17. Juni 1953: ostdeutscher Arbeiteraufstand für ein Rätedeutschland...

der ausschließlich an der Sicherung ihrer Grenzen mit Pufferzonen im Vorfeld gegen ein neues imperialistisches „Unternehmen Barbarossa“ gelegen war. Die einzige Möglichkeit zur wirksamen Verteidigung der UdSSR wäre die Ausweitung der Revolution auf ganz Europa gewesen. Es war ein Verbrechen der Stalinisten mit ihrer Konzeption des „Sozialismus in einem Lande“, daß der Kapitalismus in Westeuropa wiederaufgebaut und die deutsche Arbeiterklasse gespalten wurde. Verschleiern, daß neben der feigen Sozialdemokratie auch die stalinistische KPD/Komintern die Arbeiter kampflös dem Hitlerfaschismus ausgeliefert hatten, wurde die Lüge von der „Kollektivschuld des deutschen Volkes“ in die Welt gesetzt. Die Arbeiter in der sowjetisch besetzten Zone wurden nicht ermuntert, ihre Betriebe in die eigene Hand zu nehmen. Vielmehr galten die ostdeutschen Fabriken ausschließlich als Quelle für die Reparationsforderungen. Ebenso wie in den Westzonen alle Ansätze spontaner Arbeiterorganisation zerschlagen wurden, fürchtete auch der Stalinismus die Revolution. Alle echten Ansätze von Vereinigungen von SPD- und KPD-Arbeitern wurden bürokratisch aufgelöst und 1946 durch eine von oben gesteuerte, peinlichst kontrollierte Vereinigung zur SED ersetzt. Später zwang die aktive antisowjetische Deutschlandpolitik des US-Imperialismus den Stalinismus zur Durchführung der Revolution von oben, 1948 war der ostdeutsche Arbeiterstaat ebenso wie die Entstehung der anderen deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks Ergebnis des Kalten Krieges. Und an der Spitze eines deformierten Arbeiterstaats stehend, ist die SED nicht eine bürgerliche Arbeiterpartei, sondern eine bürokratische Kaste, die ihre parasitäre Herrschaft gegen die Arbeiter verteidigt. Aber die wirkliche Macht lag nicht bei den Bürokraten in Pankow, sondern beim Kreml. Als ein Manöver zur Sicherung des Status quo, als ein Versuch in letzter Minute, den Beitritt Westdeutschlands zur NATO zu verhindern, schlug Stalin dann 1952 die Wiedervereinigung Deutschlands auf „neutraler“ Grundlage vor. Das hätte die Konterrevolution in der DDR bedeutet, die Wiedereinsetzung des preussischen Junkertums, der reaktionären Bastion des deutschen Imperialismus, die durch die bürokratische Ausdehnung der Oktobererrungenschaften vertrieben worden war. Aber Adenauer setzte auf die Westintegration als Vorbedingung einer Wiedervereinigung und lehnte ab.

Der Tod Stalins im März 1953 hatte nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die anderen Staaten des Sowjetblocks in eine Krise der Ungewißheit gestürzt. Die neue Parteilührung unter Berija und Malenkov versuch-

te durch diplomatische Abkommen mit dem Imperialismus (z. B. mit Israel, über die Türkei und Korea) und durch ökonomische Zugeständnisse an die kleinbürgerlichen Schichten der jungen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Atem zu schöpfen und die ökonomische Krise zu mildern.

„Sozialismus“ in einem halben Land

1953 war die DDR-Bürokratie mit für sie unlöslichen Problemen konfrontiert, für de-



... aber die politische Revolution wird durch russische Panzer zerschlagen

ren Entstehung sie größtenteils selber verantwortlich war. Die „großzügige“ amerikanische Marshall-Plan-Hilfe und die dadurch weitaus einfacheren Startbedingungen samt höherem Lebensstandard in Westdeutschland hatten neben einer verfehlten stalinistischen Politik (etwa der Zwangskollektivierung) eine massive Fluchtbewegung hunderttausender ostdeutscher Arbeitskräfte in den Westen zur Folge. Eine willkürlich geplante Förderung der Schwerindustrie und eine Finanzkrise machten den Fünfjahresplan unerreichbar.

Am 14. Mai 1953 verabschiedete das ZK der SED eine Resolution gegen destruktive Aktivitäten „der bürgerlichen Elemente und des ganzen aufrührerischen Packs von Trotzkisten, Zionisten, Freimaurern, Verrätern und moralisch verkommenen Individuen“ mit der Aufforderung an den Ministerrat, die Arbeitsnormen um mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Die sowjetische Parteilührung verfolgte den Verzweiflungskurs in der DDR mit Unruhe. Semjonow, seit Ende Mai Chef der sowjetischen Hohen Kommission in Berlin, erstattete Bericht in Moskau und kam mit der Nachricht zurück, daß erstens keine Hilfe aus der UdSSR zu erwarten sei, die angesichts der Ausblutung des Landes durch den antifaschistischen Verteidigungskampf im

Zweiten Weltkrieg selbst Probleme hatte, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Zweitens sollte die Politik des „Neuen Kurses“ Walter Ulbrichts Linie des forcierten „sozialistischen Aufbaus“ und „verschärften Klassenkampfes“ ersetzen. Mit der Förderung der politischen Gegner Ulbrichts im ZK, den liberalen Stalinisten Zaisser und Herrstadt, die auch für eine versöhnlichere Haltung gegenüber dem Imperialismus eintraten, wurde am 9. Juni vom Politbüro des ZK der SED ein Kommuniqué verfaßt, demzufolge „in nächster Zeit ... eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes verbessern.“

Nach der typischen Methode stalinistischer Zick-Zack-Politik sollten jetzt Abstriche am Schwerindustrialisierungsplan zugunsten der Förderung des Konsumgütersektors vorgenommen werden. Am weitreichendsten waren die Zugeständnisse an die Bauern, die aufgefordert wurden, auf ihre Güter zurückzukehren, und denen Kredite als auch die Revision der bestehenden Ablieferungsquoten in Aussicht gestellt wurden. Es gab Zugeständnisse an die Kirche, z. B. Kirchensteuern durch den Staat zu erheben. Der regimekritische ostdeutsche Schriftsteller Stefan Heym gibt in seinem Roman *Fünf Tage im Juni* die Stimmung der Arbeiter treffend wieder:

„Alles ist nur ein Irrtum gewesen, erfahre ich, und wir haben den neuen Kurs, und jeder kriegt sein Geschenkchen, die Bauern ihre Höfe, die Ladenbesitzer ihre Lebensmittelkarten, für jeden ist was da – nur nicht für den Arbeiter, dem werden die Normen noch erhöht...“

Der 16. Juni: Die Bauarbeiter der Stalinallee brechen auf!

Bauarbeiter aus Friedrichshain beschließen eine Delegation zum Ministerpräsidenten Grotewohl und Parteigeneralsekretär Ulbricht zu schicken, um über ihre gekürzten Löhne zu verhandeln. 300 Bauarbeiter des Blocks 40 der Stalinallee – die gesamte Belegschaft – brechen ebenfalls auf, um ihre Kollegen zu unterstützen. Sie senden Delegierte aus und nach kurzer Zeit sind 2000 auf dem Weg: „Weg mit den Normenerhöhungen!“ Bald sind es 10 000: „Ulbricht muß weg!“

Die SED-Bürokratie ist paralysiert. Heinz Brandt, heute prominenter Antikommunist und Solidarność-Liebhaber und am 17. Juni selbst stalinistischer Funktionär, schreibt:

„Die Partei- und Staatsfunktionäre wurden durch die Ereignisse überrumpelt und

Fortgesetzt auf Seite 4

SPARTAKIST

herausgegeben von der TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS, sympathisierende Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Christoph Steiner
REDAKTION: Elke Gasper, Doris Kohn, Silvia Lenz, Anja Valentin, Fred Zierenberg
VERTRIEB: Birgit Kramer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, 6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion. Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173 – 7430

17. Juni...

Fortsetzung von Seite 3

fortschreitend gelähmt. Etwas Ungeheuerliches, Unfassbares vollzog sich vor ihren Augen: Der Arbeiter erhob sich gegen den 'Arbeiter- und Bauernstaat'.
(Ein Traum der nicht entführbar ist)
Ulbricht und Grotewohl verkrochen sich im Ministerratsgebäude. Einzig Fritz Selbmann, Industrieminister, hatte genug Courage, herauszukommen. „Du bist kein Arbeiter – sieh dich doch an!“, „Wir wollen Ulbricht und Grotewohl!“, „Nicht ihr, wir sind die wahren Kommunisten!“, schallte es ihm entgegen. Konfrontiert mit einer gewaltigen, machtvollen Mobilisierung des ostdeutschen Proletariats, verhielt sich die SED-Bürokratie zunächst abwartend.

Die Nachricht vom Aufmarsch der Ostberliner Bauarbeiter verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Als ein Arbeiter über den RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) – dem Hetzsender gegen die DDR – die Gelegenheit zur Rede bekam, äußerte er sich nicht in dessen Sinne, sondern rief zum Streik in *Großberlin* auf! Angefangen als ökonomischer Kampf gegen die Normenerhöhungen, stellten die Arbeiter sehr schnell politische Forderungen. Das ist nur ein anderer Ausdruck dafür, daß die Bürokratie keine kapitalistische Klasse ist. Die Arbeiter konnten keine ökonomischen Forderungen erkämpfen, ohne der stalinistischen Bürokratie die Kontrolle der wirtschaftlichen Administration zu entreißen.

17. Juni: Der Aufstand

In fast allen Ostberliner Betrieben hatten sich die Arbeiter am Morgen des 17. Juni versammelt, Streikkomitees wurden gewählt. Aber nicht nur in Ostberlin, in allen mittel-deutschen Industriestädten gab es spontane

Arbeiterversammlungen, Demonstrationen und Fabrikkomiteegründungen. 28 000 Arbeiter in den Leuna-Werken, die 18 000 in Buna, die 12 000 von Wolfen, die 12 000 von Hennigsdorf und Arbeiter in Halle, Bitterfeld, Merseburg, Leipzig, Jena, Gera und Görlitz. Demonstrationen wurden abgehalten unter dem Absingen traditioneller Kampflieder. Ein Teil der unteren und mittleren Parteikader ging auf die Seite der Aufständischen über. Das demonstrierte anschaulich den Charakter der stalinistischen Bürokratie als eine parasitäre Kaste, nicht Klasse, die auf den proletarischen Eigentumsformen eines Arbeiterstaats basiert. Der bürokratische Parteiapparat verfiel in Agonie, war von Zerfall bedroht und begann sich in seine proletarischen und probürgerlichen Bestandteile zu polarisieren – wie es in der ungarischen Revolution drei Jahre später in noch weit größerem Ausmaß geschah.

Während vielfach lokale Streikkomitees gewählt wurden, offenbarte sich im Verlauf des Aufstands, daß es sich um eine spontane und *führungslose* Rebellion gegen die stalinistische Bürokratie handelte. Versuche, die Streikkomitees auszuweiten und zu zentralisieren, waren ungeplanter, nichtkoordinierter Natur und eher Ausnahme als die Regel. Es wurde kein Versuch unternommen, die lebenswichtigen Verkehrs- und Kommunikationsknotenpunkte zu besetzen, mit der Ausnahme von Dresden, wo Arbeiter das Hauptpostamt stürmten.

Insgesamt wurde in 272 ostdeutschen Städten gestreikt. 350 000 Arbeiter von insgesamt 5,5 Millionen beteiligten sich. In Berlin waren 150 000 auf der Straße, in Halle nahmen zwischen 60 000–80 000 Leute an einer Massendemonstration auf dem Marktplatz teil – Arbeiter, ihre Familien, Facharbeiter, Angestellte. Aber der Aufstand war vor allem eine Rebellion der Arbeiter der Schlüsselindustrien. Die Ereignisse in

Ostberlin kulminierten in einem Massentreffen von 15 000 Hennigsdorfer und Ostberliner Metallarbeitern im Walter-Ulbricht-Stadion. Rufe nach dem Rücktritt der Regierung wurden laut: „Pankow pleite – neue Leute – noch heute!“ Und sie erhoben die Forderung nach der Bildung einer Metallarbeiterregierung, gestützt auf Streikkomitees und Fabrikräte. Aber noch bevor sie in Aktion treten konnten, wurde von der SED-Regierung nach sechsstündiger Gelähmtheit der Ausnahmezustand erklärt.

Die SED-Führung erklärte kurz und bündig, daß das Volk ihr Vertrauen verspielt hätte und denunzierte den Aufstand als „faschistische Provokation“. Aber die wenigen antikomunistischen lumpenisierten Elemente, die aus Westberlin einströmten und sich in Ostberlin in den Aufstand mischten, spielten nur eine marginale Rolle und hätten leicht isoliert werden können. Die stalinistische Bürokratie mußte zur Dreckschleuder der Verleumdung greifen – ein siegreicher Aufstand hätte ihre parasitäre Herrschaft hinweggefegt.

Schließlich traten sowjetische Panzer auf den Plan und erstickten den Aufstand. „Die konterrevolutionäre Rolle der Kreml-Truppen“, erklärte die damals revolutionäre amerikanische Socialist Workers Party, „bestand in ihrer Konfrontation der unbewaffneten Arbeiterklasse mit der Zurschaustellung einer überwältigenden Macht, die das zerbrochene Regime vor einer entscheidenden Niederlage rettete. Die Revolution wurde dadurch abgeblockt, und die Arbeiter, die die politische Arena betreten, wurden zum Rückzug gezwungen.“

Die Rolle der sowjetischen Armee war konterrevolutionär, aber der Aufstand wurde ohne Blutbad erstickt. Diese Tatsache zeigt, daß es für die Aufständischen möglich gewesen wäre, ihre russischen Klassenbrüder in Uniform aufzufordern, gemeinsam gegen die

stalinistische Bürokratie zu kämpfen. Die revolutionäre Einheit von deutschen und sowjetischen Arbeitern ist unabdingbar für den Sieg der politischen Revolution in der DDR und ihre Ausweitung nach Osten. Hunderttausende von sowjetischen Soldaten fielen bei der Befreiung Ostdeutschlands von der Nazi-Bestie. Lenin setzte 1917 auf die Revolution in Deutschland als die beste Hilfe für den isolierten sowjetischen Arbeiterstaat. Ein Sowjetdeutschland wäre eine machtvolles Bollwerk für die Verteidigung der Sowjetunion und die osteuropäischen Arbeiterstaaten.

Aber das erfordert eine entschlossene Führung, wie es die bolschewistische Partei 1917 gewesen ist. Am 17. Juni fehlte diese Führung mit dem Programm, die Streikkomitees von Organen des Arbeiteraufstands zu Organen der Staatsmacht zu machen, den stalinistischen Staatsapparat zu zerschlagen und durch Arbeiterräte zu ersetzen. Räte-demokratie – nicht bürgerlicher Parlamentarismus – sollte die Parteien umfassen, die sich, gewählt von den Arbeitern, zur Verteidigung der sozialistischen Ordnung bekennen. In ihrem Programm hätte eine trotzkistische Partei gefordert: Für Gewerkschaften, unabhängig von bürokratischer Kontrolle, gestützt auf die Verteidigung der sozialistischen Eigentumsformen. Für Streikrecht. Für Arbeiterkontrolle über Produktion, Preise, Verteilung und Außenhandel. Für die Kollektivierung der Landwirtschaft. Für eine internationale sozialistische Wirtschaftsplanung.

Sozialdemokratie – Vehikel für die Konterrevolution

Für das deutsche Proletariat verfestigte die Niederlage vom 17. Juni seine Spaltung. Aber obwohl die deutsche Bourgeoisie alle Anstrengungen unternimmt, diesen Tag zu

Fortgesetzt auf Seite 8

Tamilen...

Fortsetzung von Seite 3

Auf dem Marsch zur Botschaft Sri Lankas ereignete sich plötzlich eine Provokation: Tamilen entdeckten am Straßenrand ein Mitglied der Lanka-Botschaft, das die Demonstration filmte. Als tamilische Aktivisten sich des Films bemächtigen wollten, um sich vor Jayewardenes Spion zu schützen, eilten ihm knüppelschwingende deutsche Polizisten zur Hilfe und drohten, die Demonstration aufzulösen. Aber dank der Disziplin der Tamilen konnte der Protestmarsch weitergeführt werden.

Auf der Abschlußkundgebung erklärte eine TLD-Genossin in ihrer Solidaritätsadresse:

„Die tamilische Frage ist die Frage des revolutionären Internationalismus in Sri Lanka. Unsere Genossen der Spartacist League/Lanka ragten hervor, als sie bei mehreren Gelegenheiten die Tamilen aktiv gegen den singhalesischen Chauvinismus durch gemeinsamen Klassenkampf verteidigten. Als im Herbst 1981 Hunderte von Tamilen nach Westberlin flohen, um einer Terrorwelle zu entkommen, organisierte die TLD sofort eine Pro-

testdemonstration, um die Tamilen gegen die Deportationen zu verteidigen und das Recht der Tamilen auf politisches Asyl zu fordern. (siehe auch *Spartakist* Nr. 39, September 1981) ... Genauso wie die blutige Volksfront von Mrs. B. den Weg für JR bahnte, so ebnete die SPD hier in Westdeutschland den Weg für die reaktionäre Kohl-Regierung. Jetzt gibt es eine Hexenjagd der CDU auf Ausländer auf der Grundlage von Gesetzen, die von der SPD verabschiedet worden sind. Die Konzentrationslager für Asylanten und Drohungen gegen Kurden wie Kemal Altun, sie in die Folterkeller der mörderischen türkischen Junta zu deportieren, das Verbot von Dev Sol sind Angriffe gegen ausländische Arbeiter auf allen Ebenen. Wir kämpfen für: Stoppt die Treibjagd auf Ausländer! Keine Abschiebung von Kemal Altun! Weg mit dem Verbot von Dev Sol und Halk Der! Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter und ihre Familien! Räumt die Kohl-Regierung weg durch Arbeiteraktion! ...“

In Sri Lanka wird die Opposition gegen das prowestliche kriecherische Regime von „Yankee Dickie“ Jayewardene von der singhalesisch chauvinistischen Sri Lanka Freedom Party (SLFP) von Mrs. Bandaranaike angeführt. Genauso wie JR hat die von der SLFP geführte Volksfront Pogrome gegen die Tamilen angezettelt und durchgesetzt, daß singhalesisch die „offizielle“ Sprache wird. Das blutige Regime von Mrs. B. erstickte den Aufstand der singhalesischen Jugend der JVP 1971 in Blut. Deshalb ist der Kampf gegen die Volksfront entscheidend für den Kampf gegen Bonapartismus und antitamilischen Terror in Sri Lanka.

Die Spartacist League/Lanka verfolgt die Politik der revolutionären Klassenunabhängigkeit, auf deren Grundlage sie vor zwei Jahren nach einem erbitterten politischen Kampf aus der jetzt moribunden Revolutionary Workers Party von Edmund Samarakody entstand. Die SL/L hat sich durch ihren konsistenten Kampf gegen den antitamilischen Terror herausgehoben, vor allem zu Zeiten, als der Rest der Linken dazu schwieg. Sie publiziert den *Lanka Spartacist* in singhalesisch und den *Illangai Spartacist* in tamilisch. Unsere Genossen haben eine sehr wichtige Verbindung zwischen Studenten der hauptsächlich singhalesischen Colombo Universität und tamilischen Studenten der Jaffna Universität geschaffen. Sie organisier-

ten militante Proteste gegen JRs Pläne für eine völlige Trennung von singhalesischen und tamilischen Studenten und die fast vollständige Eliminierung von höherer Ausbildung für tamilische Jugendliche.

„Die tamilische Frage ist die Frage des Internationalismus in Sri Lanka“, wurde in der „Übereinstimmung zur Fusion“ festgehalten, als sich damals die Spartacist League/Lanka gründete (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 10, Winter 1982). Sie ist „der Prüfstein für Revolutionäre im Kampf gegen den singhalesischen Chauvinismus“. Als Leninisten unterstützen wir das Recht des tamilischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung, das heißt, das Recht auf einen eigenen Staat in den nördlichen und östlichen Provinzen von Ceylon. Aber das Programm der tamilischen Nationalisten für einen Ministaat „Eelam“ in diesem kargen Teil der Insel ist sowohl utopisch als auch ein Hindernis im Kampf um die Macht. Diese festverwurzelten Nationalisten weigern sich, sich an die staatenlosen tamilischen Plantagenarbeiter der wichtigen Teeanbau-Region zu wenden, die Hauptstütze der kapitalistischen Wirtschaft. Diese Arbeiter sind der Schlüssel im gemeinsamen Kampf für eine Arbeiter- und Bauernregierung in Sri Lanka.

Und diejenigen, die von einem „Eelam“ träumen, dürfen keinen Fehler machen: Denn das heißt Kampf um die Macht, nicht

zuletzt wegen des Hafens von Trincomalee: In der östlichen Provinz gelegen, ist er von strategischem Interesse für den US-Imperialismus. Der internationalistische Charakter der tamilischen Frage wird durch die Tatsache glasklar, daß jenseits der Palk-Meerenge – nur vierzig Kilometer entfernt – Millionen von Tamilen im Süden des indischen Subkontinents leben. Anstelle des Programms für ein kleines, nicht verteidigbares, isoliertes „Eelam“ könnten die Tamilen die Basis sein, um eine revolutionäre Verbindung mit dem südlichen Indien zu schmieden, für die soziale Revolution in ganz Südasiens.

In Lanka, wo der Name des Trotzkismus durch Jahrzehnte des Verrats von Zentristen und Reformisten besudelt wurde, die sich fälschlicherweise in den trotzkistischen Mantel hüllen, versucht die SL dem Trotzkismus wieder Ehre zu verleihen. Durch die Schmiebung einer revolutionären Partei, die kämpft für die Interessen der staatenlosen „indischen“ tamilischen Plantagenarbeiter, der gnadenlos ausgebeuteten Frauen der „Freihandelszone“, der singhalesischen Arbeiter, der „ceylonesischen“ Tamilen der nördlichen und östlichen Provinzen und aller Unterdrückten, will die SL den Weg bahnen für die Revolution in ganz Südasiens. Vorwärts zu einer Sowjet-Föderation Südasiens!

Nach *Workers Vanguard* Nr. 329, 6. Mai 1983

LE BOLCHEVIK 4

A bas la terreur raciste!
Pleins droits de citoyenneté pour les immigrés

البلشفيك
يستقط الرعب العنصري!
جميع الحقوق الوطنية للمهاجرين!

Le Bolchévik-Extra in arabisch: 0,50 DM

abonnez-vous au Bolchévik
1 an (10 numéros): 15,- DM

Commande:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde GmbH)



Illangai Spartacist Nr. 3
(auf tamilisch)
Lanka Spartacist Nr. 6
(auf singhalesisch)
10 Rs./2,50 DM

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Yilmaz Güney, der Regisseur von Yol, hat mehrfach Einladungen nach Westdeutschland erhalten, um seinen Film zu zeigen. Die reaktionäre westdeutsche Klassenjustiz teilte unverfroren mit, daß sie Güney sofort bei seiner Einreise in die Hände der türkischen Folterknechte General Evrens ausliefern würde. Wir fordern Güneys freies Recht auf Einreise und auf politisches Asyl, wenn er es wahrnehmen möchte!

Die Hauptdarsteller von Yilmaz Güneys Yol sind eine Gruppe Gefangener aus dem halboffenen Inselgefängnis Imrali, die eine Woche Heimaturlaub haben, und während der Film ihrem Weg folgt, entwickelt er mit erschütternder Lebendigkeit seine zentrale Metapher: Die heutige Türkei ist selbst ein riesiges Gefängnis. Zusätzlich zur Brutalität und Unterdrückung durch die rechte Militärdiktatur, die die Türkei regiert, gibt es die Brutalität und Unterdrückung durch gesellschaftliche Rückständigkeit und tief verwurzelte islamische Feudalverhältnisse, die die Personen des Films, vor allem Frauen und Kurden, gefangen halten. Und das sehr viel sicherer als es Eisengitter und Steinmauern vermögen.

Yilmaz Güney ist Kurde und vor dem Junta-Regime geflüchtet. Güneys letzter Film, illegal produziert und aus der Türkei herausgeschmuggelt (wo es sogar illegal ist, kurdisch zu sprechen), fand beim westlichen Publikum weitverbreiteten Beifall, und zwar sowohl wegen seiner künstlerischen Qualitäten als auch, weil er ein Symbol liberaler Opposition gegen die Junta darstellt. Aber in seinem Versuch, die bittere Realität des täglichen Lebens in der Türkei – besonders in der kurdischen Region der östlichen Türkei – wahrheitsgetreu wiederzugeben, hat Güney einen Film produziert, dessen Auswirkungen über den Rahmen seiner eigenen politischen Grenzen hinausgehen. Güney beschreibt



Türkei: Gefängnis für Frauen und Kurden

gekettet, die Frauen werden buchstäblich angekettet und schlechter behandelt als Pferde, die Kurden dürfen ihre Muttersprache nicht sprechen – all das zeigt die Unfähigkeit der Bourgeoisie in rückständigen Ländern in der Epoche des Imperialismus, irgendeine der Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu lösen. Die Antwort liegt, wiederum buchstäblich, außerhalb von Güneys Film – in der Mobilisierung der Arbeiterklasse als der einzigen sozialen Kraft, die die Ketten der Rückständigkeit zerbrechen kann. Yol bietet machtvolle Argumente für die trotzkistische Theorie und Perspektive der permanenten Revolution.

Für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden!

In der Geschichte von Omer, einem der fünf Gefangenen, zeigen sich die nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes und die dreifache Unterdrückung der kurdischen Frauen. Omer kehrt in sein heimatliches Kurdistan zurück. Die Ruhe seines Dorfes wird gestört durch unaufhörliches Maschinengewehrfeuer zwischen Regierungstruppen und einer Gruppe von Flüchtlingen, unter ihnen sein Bruder. Romantisierte Landschaftsaufnahmen von fetten Schafen, die auf fruchtbaren Berghängen grasen, stehen im Gegensatz zu der Realität einer ökonomisch verwüsteten Region. Omers verkrüppelter Vater ist sehr real; die meisten Männer der kurdischen Stadt Marrasch an der syrischen Grenze sind Krüppel. Für viele ist Schmuggel der einzige Weg, den Lebensunterhalt zu verdienen. Und schmuggeln heißt, über die Minenfelder an der Grenze hinwegzukommen.

Omer steht zwischen den erschrockenen und niedergedrückten Dorfbewohnern, als sie gezwungen werden, an der Wagenladung toter Flüchtlinge vorbeizumarschieren. Er kann nicht einmal den Leichnam seines Bruders Abuzer für sich fordern, weil er mörderische Vergeltungsmaßnahmen der Armee fürchten muß. „Kameraden“, ruft der Armeeführer aus, als die Leichen zur Schau gestellt werden, „diese Erde ist unser Zuhause; wir sind alle gleich.“ Der großtürkische Chauvinismus erkennt nicht einmal die Existenz des kurdischen Volkes an – und hat es auch nie getan. Die links-stalinistische Organisation TKP-Leninisten lobt in ihrer Kritik den Film als Darstellung des „Faschismus“ in der Türkei. Aber in Wirklichkeit lebte das kurdische Volk unter dem sogenannten „demokratischen“ bürgerlichen Regime von Bulent Ecevit unter zum großen Teil gleichen Bedingungen und war der gleichen brutalen Unterdrückung ausgesetzt. Nationale Unterdrückung der Kurden hat es seit der Geburt

der „modernen“ Türkei immer gegeben.

Als Omer in die Hügel hinausreitet, gibt es keine Hoffnung, daß die Freiheit für sein Volk mehr ist als ein wunderbarer Traum, wie die Erinnerungen an frühere Ausritte mit seinem Bruder, die vor ihm auftauchen. Und jetzt ist er sogar noch weniger frei als zuvor. Die Frau seines Bruders, die gezwungen wurde, während all der schrecklichen und verzweifelten nächtlichen Kämpfe in ihrem Zimmer zu bleiben, wird nun durch die Tradition gezwungen, ihren Schwager zu heiraten. Und Omer, der sich mit den Bedingungen dieser sozialen Einkerkung abfindet, ist gezwungen, seine Träume von der Heirat mit einem jungen einheimischen Mädchen aufzugeben, das er aus der Ferne liebt hat.

Weg mit dem Schleier!

Vom Anfang bis zum Ende ist Yol eine machtvolle Anklage der Unterjochung von Frauen in rückständigen Gesellschaften. Das zeigt sich besonders, als einer der Gefangenen, Mevlut, der außerhalb des traditionellen Rahmens seiner Familie gelebt hat, die alten Traditionen teilweise in Frage stellt, in einer Szene, die die sozialen Widersprüche mit schwarzem Humor zeigt. Als Mevlut und seine Verlobte Merval von zwei schattenhaften schwarzverhüllten weiblichen Verwandten überwacht werden, ruft er erbittert aus: „In welchem Zeitalter leben wir denn?“ Auf die Warnung hin, daß Mervals Vater es nicht gerne sähe, wenn er ihr Briefe aus dem Gefängnis schreibe, seufzt Mevlut: „Wie altmodisch sie sind!“ Aber seine Instruktionen über das Verhalten, das er von seiner zukünftigen Frau erwartet, lauten: „Wenn ich sage, etwas ist schwarz, dann ist es schwarz... Jede Unterhaltung mit anderen Männern ist von jetzt ab vorbei, außer mit deiner Familie natürlich.“ „Du kannst so gut reden“, antwortet sie. „Wo hast du das gelernt – im Gefängnis?“

Ein anderer Gefangener, Mehmet, kehrt nach Hause zurück, um seine Frau Emine von ihrer Familie zurückzuholen. Seine Rückkehr stellt sie vor die unmögliche „Wahl“ zwischen zwei Herren: ihre Familie und ihr Ehemann, die tödlich verfeindet sind. Mehmet soll wegen Feigheit getötet werden, da er nach einem mißglückten Raubüberfall Emines Bruder im Stich ließ, der von der Polizei gefangen und getötet wurde. Verzweifelt entschließt sie sich, gemeinsam mit ihm und ihren Kindern im Zug zu fliehen. Als die beiden, die lange getrennt waren, sich in der Zugtoilette lieben und dabei entdeckt werden, werden sie fast von einem aufgebrachtten Mob von Passagieren, die „Ungläubige“ schreien, gelyncht. Sie kommen mit dem Leben davon (durch die Hilfe eines Eisen-

bahnbeamten, der später erbittert ist, als er entdeckt, daß sie keine säkulare Heiratsurkunde besitzen – ihre religiöse Heirat wird vom türkischen Staat nicht anerkannt), werden aber kurz danach in einem Racheakt von Emines jüngerem Bruder kaltblütig vor den Augen ihrer Kinder niedergeschossen. Der Moralkodex des Islam und des Feudalismus wurde von der Republik nicht angetastet.

In der Geschichte von Seyit und Zine werden die gesellschaftlichen Verhältnisse am deutlichsten hervorgehoben. Als Seyit nach Hause kommt, erzählt ihm seine verlassene Mutter (sein Vater hat sich eine jüngere Frau genommen), daß seine Frau Zine, die für seine Familie arbeitete, aus diesem unerträglichen Elend geflohen und in ein Bordell gegangen ist. Sie wurde von ihrer eigenen Familie gefangengenommen, acht Monate eingesperrt, an den Füßen angekettet, bekam nur Wasser und Brot zu essen, durfte sich nicht waschen und wartete auf die Vergeltung, die ihr Mann dem Ehrenkodex gemäß üben sollte.

Seyit weiß, was von ihm erwartet wird, aber er ist „hin- und hergerissen zwischen Mitleid und Haß“ und gesteht: „Meine Gedanken sind mein Feind.“ Er findet eine Lösung durch Zines Brüder, die ihm von einer Frau erzählen, die erfor, als sie die schneebedeckte Schafhirtenschlucht überquerte. Auf seiner Reise durch den Gebirgspfad zu der weit abgelegenen Hütte, in der Zine gefangengehalten wird, bricht Seyits Pferd im Schnee zusammen. Mitleidig erschießt Seyit das Tier. Aber bei der Frau ist kein solches Mitleid erlaubt. Stattdessen wird

Fortgesetzt auf Seite 10

Y. Güneys YOL Filmkritik

Beziehungen von Liebe und Haß, aber dabei stößt er bis zum Innern der Gesellschaft vor und bietet eine Beschreibung ihrer kombinierten und ungleichmäßigen Entwicklung. Romantische Filmaufnahmen der beeindruckenden Schönheit von Güneys heimatlicher kurdischer Region ebenso wie Szenen, in denen sich der moderne technologische Fortschritt in den Vordergrund drängt (der Bus mit Klimaanlage, in dem sie reisen; der Schneepflug) kontrastieren scharf mit trostlosen und elenden Bräuchen und Beziehungen, die sich am deutlichsten in den Lebensbedingungen der Frauen ausdrücken. Eine junge Frau, von ihrem Mann und Sohn auf einem verschneiten Gebirgspfad als Strafe für ihren Ehebruch zum Sterben zurückgelassen, schreit in den eiskalten Wind: „Überlaß mich nicht den Wölfen. Hab Mitleid mit mir.“

Das Ausmaß, in dem Rückständigkeit und Feudalismus immer noch in einem Land existieren, das so vergleichsweise säkular und „modernisiert“ ist wie die Türkei, muß westlichen Beobachtern erschreckend vorkommen. 60 Jahre nachdem Atatürk die Trennung von Moschee und Staat in der Türkei gewaltsam durchsetzte und formal traditionelle moslemische Einrichtungen wie Kalym (den Brautpreis) abschaffte, gedeihen diese reaktionären sozialen Einrichtungen weiterhin in der hauptsächlich bäuerlichen Bevölkerung der Türkei. Frauen von sieben bis 70 arbeiten auf dem Feld und schaffen die Hälfte des Agrarprodukts der Türkei. Aber die Gesetzesreformen, die vor 60 Jahren verkündet wurden, gelten für sie immer noch nicht. Stattdessen lernen 80 Prozent der Frauen auf dem Land weder lesen noch schreiben.

Die Bauern sind an ihre Landbesitzer

Bestellt!
1,50 DM

Women and Revolution
International Women's Day 1983

Bestellt auch:
Women and Revolution Nr. 12: „Early Bolshevik Work Among Women of the Soviet East“
Zu beziehen über die Redaktionsanschrift

Am 17. Juni jährt sich zum dreißigsten Mal der Arbeiteraufstand gegen die herrschende stalinistische Bürokratie in Ostdeutschland. Der Tag, den die deutsche Bourgeoisie zu Unrecht als ihren „Tag der deutschen Einheit“ begeht, ist für sie wieder Anlaß, die kapitalistische Wiedervereinigung der im Zweiten Weltkrieg „verlorenen“ Gebiete zu propagieren. Wenn im Bundestag die reaktionären Christdemokraten, die sozialdemokratischen Revanchisten und die antikommunistischen Grünen darüber streiten, wie Deutschland „friedlich“ unter der Herrschaft des Kapitals wiedervereinigt werden kann, wird draußen die Marxistische Gruppe (MG) gegen „gewaltsame deutsche Wiedervereinigung im NATO-Weltkrieg“ demonstrieren. Während der Großteil der Linken in der nationalistischen „Friedens“bewegung damit beschäftigt ist, dem deutschen Imperialismus ein pazifistisches Gesicht zu verpassen, ruft die MG dazu auf, „gegen den BRD-Imperialismus Protest anzumelden“.

Angesichts des sich weltweit eskalierenden imperialistischen Kriegskurses gegen die Sowjetunion würden Revolutionäre eine machtvolle Arbeiterdemonstration gegen den Hauptfeind im eigenen Land und zur Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution begrüßen. Doch selbst wenn die MG Hunderttausende mobilisieren könnte, ihr Marsch bliebe eine Demonstration kleinbürgerlicher Impotenz – trotz roter Banner und lautstarkem Rufen nach Klassenkampf. Klassenkampf? Mit welcher Klasse? Ohne die revolutionäre Perspektive der unabhängigen Mobilisierung des Proletariats gegen seinen Klassenfeind, ohne den Kampf für *Arbeitermacht in ganz Deutschland* als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, kann der konterrevolutionäre Drang der deutschen Bourgeoisie nach Osten nicht gestoppt werden. Nicht die beschwörende Status-quo-Formel „Die NATO will nach Osten, uns reicht der freie Westen“, sondern nur der Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands und die Ausdehnung der Revolution auf Westeuropa kann verhindern, daß der Imperialismus seine für kapitalistische Ausplünderung verlorenen Gebiete „heim ins Reich“ holt.

Der 17. Juni gehört der Arbeiterklasse – nicht der Bourgeoisie!

Seit 1945 zieht sich durch Deutschland die Frontlinie des Kalten Krieges, der Stolperdraht für einen dritten Weltkrieg. Die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten mit entgegengesetztem Klassencharakter symbolisiert die untrennbar miteinander verbundenen Aufgaben, denen das europäische Proletariat im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten gegenübersteht.

Die MG will die nationale Frage in Deutschland ignorieren: „Die ‚deutsche Nation‘ wurde nicht zerschlagen.“ Doch die nationale Frage ignoriert nicht die MG. Wenn wirklich die „Siegemächte des 2. Weltkrieges“ auf dem „eroberten Territorium“ zwei sehr komplette Nationen eingerichtet haben, die „prächtig funktionieren“, warum macht sie dann eine regelrechte Kampagne und eine Demonstration gegen „Wiedervereinigung“? Und wenn sie so naiv fragt: „Wer

Proletarischer Internationalismus gegen kleinbürgerliche Impotenz

MG-Aufstehn für den Status quo



„Kritische“ Ohne-Michels fürchten die deutsche Revolution

leidet eigentlich unter der deutschen Teilung?“, dann braucht sie am 17. Juni nur nach Westberlin zu schauen, um eine Antwort zu bekommen.

Der imperialistische Vorposten Westberlin im Herzen des deformierten Arbeiterstaates ist eine stete Erinnerung daran, daß Deutschland geteilt ist. Die erzkonservative, rabiat antikommunistische „Konservative Aktion“ benutzt die Niederschlagung des Aufstands der ostdeutschen Arbeiter durch die stalinistische Bürokratie am 17. Juni 1953, um an seinem dreißigsten Jahrestag für den „Rechtsstaat“ zu demonstrieren. Während die MG am 17. Juni vor der parlamentarischen Schwatzbude in Bonn demonstriert, werden diese antisowjetischen Revanchisten durch Aktionen gegen Hausbesetzer, ausländische Arbeiter in Kreuzberg und „symbolische Besetzungen von sowjetischen Einrichtungen“ zeigen, wie sie sich die Lösung der deutschen Frage vorstellen. Wenn die MG eine marxistische Gruppe wäre und wirklich gegen die konterrevolutionären Wiedervereinigungsgelüste der deutschen Bourgeoisie kämpfen wollte, warum sorgt sie dann nicht dafür, daß den Ostlandreitern der „Konservativen Aktion“ durch Arbeiteraktion eine Lektion erteilt wird?

Die MG versucht, den „bösen Geist“ deutsche Frage in der Flasche zu lassen und beschwört: „Die Lösung dieser Frage ist nur mit Krieg möglich.“ Ja, wenn man sie wie Fertl & Co. der Bourgeoisie überläßt. Was

hätten diese „Marxisten“ 1953 den Ostberliner und Hennigsdorfer Arbeitern gesagt, als sie die Sektorengrenze überschritten, durch Westberlin marschierten und ihre Westberliner Klassenbrüder aufforderten zu streiken? Sicher hätten sie der Sozialdemokratie und ihrer Politik „keine Wiedervereinigung durch Klassenkampf“ Beifall geklatscht. Die deutsche Bourgeoisie will heute diesen genuinen Arbeiteraufstand als antikommunistischen Volksaufstand verkaufen. Die MG beteiligt sich an der Geschichtsfälschung des 17. Juni als „nationalistischem Aufstand“. Aber wenn nicht die Arbeiter im Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands – und diesen Weg wiesen die ostdeutschen Arbeiter 1953 – die deutsche Frage lösen, wird dem Imperialismus die Lösung durch einen atomaren Holocaust überlassen.

Warum demonstriert die MG ausgerechnet am 17. Juni „gegen den BRD-Imperialismus“, nachdem sie noch letztes Jahr beim Reagan-Besuch meinte, die BRD sei lediglich ein „Satellit“ der USA? Nachdem Kohl und Zimmermann in Bonn der Sozialdemokratie die Geschäftsführung des kapitalistischen Staates abgenommen haben, „entdeckten“ Fertl & Co. eigene Interessen des deutschen Imperialismus und sein Bestreben nach kapitalistischer Wiedervereinigung Deutschlands durch die Konterrevolution in der DDR.

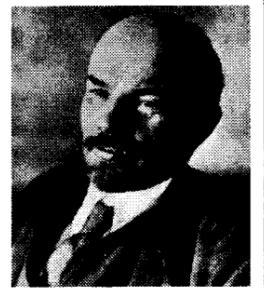
Aber es ist vor allem der „linke“ Nationalismus der verräterischen Irreführer der Arbeiterklasse, die mit ihrem Ruf nach einem „neutralen wiedervereinigten Deutschland“ in der antiamerikanischen und antisowjetischen „Friedens“bewegung sozialdemokratischen Revanchismus predigen. „Im deutschen Interesse“ benutzt Vogel die legitimen nationalen Gefühle der deutschen Arbeiterklasse und die berechtigte Angst vor Reagans Kriegskurs gegen die Sowjetunion zur Mobilisierung für den Weg der deutschen Bourgeoisie, wieder „von der Maas bis an die Memel“ zu herrschen.

Die MG greift die Linke und die „Friedens“bewegung an, im Fahrwasser ihrer eigenen Bourgeoisie zu schwimmen: „Wenn in dieser Vorkriegszeit rechte und andere gute Deutsche ihre Chance wittern, daß Deutschland wiedervereinigt wird, tun das die guten deutschen Linken auch, aber kritisch...“ (MSZ, 27. Oktober 1982). Aber was hat die MG, die sich auch die „schlechten Deutschen“ nennen, dem entgegensetzen? Mit linkstönender Rhetorik lehnt die MG ein sozialistisch wiedervereinigtes Räted Deutschland als „Krauts-Power“ ab. Sie kann sich eine Veränderung des Status quo nur als eine Neuauflage des Dritten Reiches vorstellen und wird damit notwendigerweise zur radikalen Verfechterin der Entspannungs-

politik, dem scheinbar friedlichen Gesicht imperialistischer Ostpolitik.

Kollektivschuld: umgestülpter Nationalismus

„Weil die ‚deutsche Frage‘ eine Gewaltfrage ist“, tritt die MG gegen die Lösung der deutschen Frage auf. Das ist nicht nur der Versuch, sich gegenüber der „Friedens“bewegung als die wirklichen Pazifisten zu präsentieren, sondern vor allem Ausdruck ihrer wütenden Arbeiterfeindlichkeit. Mehr noch als die Gewalt der herrschenden Klasse fürchtet diese selbsternannte Studenteneleite die Gewalt der Arbeiterklasse (u. a. haben Fertl & Co. zu Recht Angst, daß der Münchener Arbeitersowjet sie nach dem Motto „Ohne Arbeit kein Essen“ in die Fabrik schicken wird). Zur Rechtfertigung ihrer Weigerung, das Proletariat zur Ergreifung der Staatsmacht zu mobilisieren, greifen sie die Arbeiter als „nationalistisch“ an – ob sie Betriebe besetzen und streiken oder Hunderttausende gegen die Austeritätspolitik der Kohl-Regierung demonstrieren. „Wir kämpfen nicht für andere“ lautet das kleinbürger-



Lenin über das Vaterland

„Daß ‚die Arbeiter kein Vaterland haben‘, steht wirklich im ‚Kommunistischen Manifest‘; daß die Haltung von Vollmar, Noske und Co. dieser Grundthese des internationalen Sozialismus ‚ins Gesicht schlägt‘, ist ebenfalls richtig. Aber daraus folgt noch nicht, daß die Behauptung Hervés und seiner Anhänger richtig ist, es sei dem Proletariat gleichgültig, in was für einem Vaterland es lebt: ob im monarchistischen Deutschland, im republikanischen Frankreich oder in der despotischen Türkei. Das Vaterland, d. h. das gegebene politische, kulturelle und soziale Milieu, ist der stärkste Faktor im Klassenkampf des Proletariats; und ist Vollmar im Unrecht, wenn er ein ‚echtdeutsches‘ Verhältnis des Proletariats zum ‚Vaterland‘ feststellt, so hat Hervé nicht minder unrecht, der einem so wichtigen Faktor des Befreiungskampfes des Proletariats unverzeihlich unkritisch gegenübersteht. Dem Proletariat können die politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen seines Kampfes nicht gleichgültig sein, folglich können ihm auch die Geschicke seines Landes nicht gleichgültig sein. Jedoch interessieren es diese Geschicke nur *insofern*, als sie seinen Klassenkampf betreffen, nicht aber kraft eines bürgerlichen, im Munde von Sozialdemokraten gar unangebrachten ‚Patriotismus‘.“ („Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie“, *Lenin Werke* Band 15)

Veranstaltungen der TLD

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!

- | | |
|--------------------|---|
| Hamburg: | Dienstag, 14. Juni 1983, 19 Uhr
Taverna Zorbas (Jarrestadt) Jarrestraße 27,
U-Bahnhof Saarlandstraße
Kontakt, Information: 040/390 95 99 |
| Bonn: | Freitag, 17. Juni 1983, 17 Uhr
„Zur Sternenburg“, Sternenburgstr. 51, Bonn-Poppelsdorf
Kontakt, Information: 0611/72 70 54 |
| Frankfurt: | Dienstag, 21. Juni 1983, 19 Uhr
Studentenhaus, Jügelstraße, Raum 203
Kontakt, Information: 0611/72 70 54 |
| Westberlin: | Freitag, 24. Juni 1983, 19 Uhr
Mehringhof, Gneisenaustr. 2, Aufgang 3, 1. Stock
Kontakt, Information: 030/882 11 75 |

lich-elitäre Motto der MG. Aber sie „kämpfte“ gegen die DGB-Demonstrationen im letzten Herbst mit dem Aufruf „Keinen Aufstand für den Staat“. Wo ist da der Unterschied zwischen Fertl & Co. und Breit & Co.? Die ersten zittern: „Keinen Aufstand für einen Arbeiterstaat“ und die letzteren bangen: „Keinen Aufstand gegen den bürgerlichen Staat“. Der Unterschied reduziert sich im wesentlichen auf ihre Gemeinsamkeit: sie fürchten die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse! Aber angesichts ihrer Kampagne zur Zerschlagung des DGB („30 Jahre DGB sind genug“) und ihrer zynischen Verniedlichung des Faschismus („Adolf Hitler – ein großer deutscher Politiker“) muß man sich fragen: Sind der MG 12 Jahre Hitler lieber als 30 Jahre DGB?

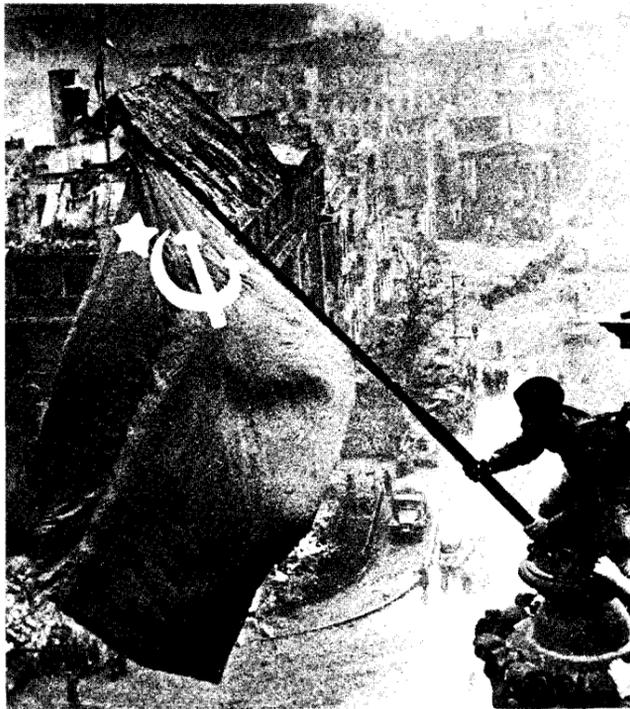
Lenin sagte einmal, daß sich die Stärke des Marxismus auch daran zeigt, daß selbst seine Feinde sich „marxistisch“ nennen. Die antimarxistische Gruppe versucht ihre Arbeiterfeindlichkeit mit einem mystischen „faschistischen Volksbewußtsein“ zu legitimieren.

Die chauvinistische Auffassung, daß alle Deutschen Nazis und die Arbeiter für die Verbrechen der eigenen Bourgeoisie verantwortlich sind, hat nach dem Zweiten Weltkrieg verhindert, daß das deutsche Proletariat sein Schicksal in die eigenen Hände nahm. Um ihre Verantwortung für die hilflose Auslieferung des machtvollsten Proletariats Europas an den Hitler-Faschismus abzudecken, übernahmen SPD und KPD die chauvinistische antideutsche Propaganda der imperialistischen Siegermächte (und der nationalistischen „Sozialismus in einem Land“-Bürokratie) von der Kollektivschuld des deutschen Volkes. Aber es waren die Flick und Thyssen, die Hitler finanzierten, damit seine kleinbürgerlichen Terrorbanden die Arbeiterorganisationen zerschlugen. Der Sieg des Faschismus bestätigte auf tragische Weise das revolutionäre Potential der deutschen Arbeiterklasse: das krisengeschüttelte System der Bourgeoisie war unfähig, seine Herrschaft mit den „normalen“ Unterdrückungsinstrumenten der bürgerlichen Demokratie aufrechtzuerhalten, es mußte die Arbeiterbewegung zerschmettern.

Mit der Kollektivschuldflüge wurde nach dem Krieg die kriminelle Spaltung des deutschen Proletariats aus Furcht vor seiner revolutionären Erhebung durchgesetzt. Über dreißig Jahre lang prägte die „besondere Verantwortung des deutschen Volkes“ die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft. Das heißt, die MG ist typisch deutsch in ihrem „anti-nationalistischen“ Anti-Deutschtum. Die „kritischen“ Ohne-Michels – die ausflippen, wenn man ihre Nationalität (deutsch) benennt – können daher dem Nationalismus der „Friedensbewegung nichts anderes als sein Spiegelbild entgegenhalten. Konfrontiert mit dem Programm des proletarischen Internationalismus, das die Einheit des deutschen Proletariats und der internationalen Arbeiterklasse auf seine Fahnen geschrieben hat, bleibt ihnen nur der jämmerliche Vorwurf „Vertriebenenverband“. (Die Professoren nehmen's nicht so genau: Als mehrheitlich jugoslawische und türkische Arbeiter „Videocolor“ besetzten, um ihre Arbeitsplätze zu verteidigen, nannte die MG sie „deutsche Nationalisten“.) Wie Lenin, der bereit war, die Errungenschaften der russischen Revolution der Machteroberung des deutschen Proletariats unterzuordnen, sieht die internationale Spartacist Tendenz die zentrale Bedeutung des deutschen Proletariats für die sozialistische Zukunft der Arbeiter Europas. Es dürfte der MG schwerfallen, Lenin „großdeutschen Chauvinismus“ vorzuwerfen – oder war er doch ein Agent des Kaisers?

Der rasante Aufstieg des neuen deutschen Nationalismus, der vor allem in „linker“ Verpackung auftritt, spiegelt die gewachsene Stärke des deutschen Imperialismus gegenüber seinem amerikanischen Rivalen wider. Im Gegensatz zu ihrer Nachkriegspolitik sieht die Sozialdemokratie seit Ende der siebziger Jahre die Zukunft ihrer eigenen Bourgeoisie in einem unabhängigeren Kurs gegenüber dem US-Imperialismus. Und Vogel & Co. können darauf aufbauen, daß die Deutschen es satt haben, das „schlechteste Volk der Erde“ zu sein. Als Deutschland zugunsten seiner imperialistischen Rivalen durch den Versailler Vertrag für die Lasten des Krieges aufkommen mußte (die aus der Arbeiterklasse herausgepreßt wurden), konnten die Faschisten das für sich aus-

Berlin, Mai 1945: Die rote Fahne auf dem Reichstag!



nutzen. Mit ihrer Status-quo-Politik hätte die MG ihnen nur die strikte Einhaltung des Versailler Vertrags entgegenhalten können, während die Kommunistische Internationale Lenins für die Klassensolidarität der französischen und deutschen Arbeiter kämpfte. Natürlich ist Deutschland keine unterdrückte Nation, aber es ist geteilt. Und wenn Revolutionäre die deutsche Frage nicht aufgreifen und mit dem Programm der revolutionären Wiedervereinigung lösen, bleibt die Lösung dieser Frage den Reaktionen und ihren sozialdemokratischen Helfershelfern überlassen, und die deutsche Bourgeoisie wird diesmal nicht nur Europa, sondern die ganze Welt in einen Holocaust stürzen.

Für einen siegreichen 17. Juni!

Die Aufrechterhaltung eines geteilten Europas ist in letzter Konsequenz genauso unmöglich wie die Aussöhnung der Klasseninteressen von Bourgeoisie und Proletariat. Heute wie in den zwanziger Jahren spielt Deutschland eine führende Rolle für den Weg Europas – zum Sozialismus oder zur Barbarei. Wer verhindern will, daß das impe-

rialistische deutsche Raubtier erneut seine Klauen ausstreckt, um die Völker Europas zu unterjochen, muß für die bedingungslose militärische Verteidigung von DDR und Sowjetunion gegen den antisowjetischen Kriegskurs und innere Konterrevolution eintreten. Die bürokratische Ausdehnung der kollektivierte Eigentumsformen der Sowjetunion auf Osteuropa ist ein historischer Fortschritt für die internationale Arbeiterklasse. Wir kämpfen für die Ausdehnung dieser Errungenschaften durch die sozialistische Revolution im Westen und die politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie, die mit ihrer versöhnlerischen „Friedlichen Koexistenz“-Politik diese Errungenschaften ständig aufs Spiel setzt.

Der deutsche Professor Fertl kann sich nur die „NATO-Weltrevolution“ vorstellen und versucht darum verzweifelt, den Status quo zu verteidigen. Der MG-Blockpartner BWK drückt die Illusionen in einen „demokratischen Imperialismus“ mit seinen Forderungen nach „Anerkennung aller Grenzen“ und einem „Friedensvertrag für ganz Deutschland“ am klarsten aus. Wenn die MG diese Konsequenzen auch nicht ziehen will, so be-

steht doch ihre Politik in dem hoffnungslosen Unterfangen, die deutsche Bourgeoisie in ein friedliches Lamm zu verwandeln, das die Weidengrenzen respektiert. Aber die Imperialisten, nicht zuletzt die deutschen, haben die Grenzen immer dann „anerkannt“, wenn das Kräfteverhältnis für eine gewaltsame Änderung ungünstig war. Der Hitler-Stalin-Nichtangriffspakt bereitete lediglich den Angriff auf die Sowjetunion zu einem späteren Zeitpunkt vor. Die Kinder der Entspannungspolitik sollten besser verstehen, daß Détente für die deutsche Bourgeoisie heißt, daß sie *jetzt* keinen Krieg gewinnen kann. Darum setzt sie auf die ökonomische und politische Unterhöhnung der Arbeiterstaaten durch konterrevolutionäre Bewegungen wie Solidarność und „Schwerter zu Pflugscharen“.

Die MG erscheint vielen als „sowjetfreundlich“, weil sie „zwischen den souveränen Urhebern der Kriegsgefahr“ und den Adressaten der aktuellen Weltkriegsdrohung“ unterscheidet. Während der Großteil der Linken nicht nur gegen die geplante Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen auf die Straße geht, sondern auch gegen sowjetische Atomwaffen zu Felde zieht – ohne die Moskau und Leningrad schon längst glühende Steinwüsten wären – mobilisierte die MG letztes Jahr in Bonn für eine „betont einseitige“ Demonstration. Und sie greift die Kremelführer an, die die Illusion einer „friedlichen Koexistenz“ sogar mit Reagans Amerika aufrechterhalten: „So agieren keine Politiker, die etwas mit Weltrevolution im Sinn haben!“ Doch diese radikalen Töne verdienen nur in die Rubrik „Sprüche und Widersprüche“ der MSZ aufgenommen zu werden. Antiamerikanismus ist nicht gleich Antiamerikanismus und die MG verteidigt nirgends DDR und Sowjetunion gegen imperialistische Kriegshetze und innere Konterrevolution – ihre Sympathie für die konterrevolutionäre Solidarność spricht Bände. Angesichts der ungeheuerlichen Provokationen von Reagan gegenüber der Sowjetunion ist es wirklich nicht schwer festzustellen, wer „Adressat“ und wer „Urheber“ ist. Selbst gar nicht so linke Sozialdemokraten wie Wehner sprechen von den „berechtigten Sicherheitsinteressen“ der UdSSR. Und wie für jeden Liberalen ist für sie das entscheidende Kriterium für die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten die Unterdrückung durch

Fortgesetzt auf Seite 8

Über den Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus

Im Mittelpunkt einer kürzlichen Konferenz der Troztkistischen Liga Deutschlands, der deutschen Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, stand die Reorientierung der Organisation angesichts einer rapiden Veränderung der deutschen Gesellschaft im Zuge veränderter Beziehungen zwischen dem deutschen Imperialismus, den anderen imperialistischen Mächten und dem Sowjetblock. Wir veröffentlichen nachstehend einen Auszug aus einem Dokument, das auf der Konferenz angenommen wurde, die sich auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen den neuen deutschen Nationalismus, sowohl in seinen „linken“ als auch rechten Formen konzentrierte.

Das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs war auf der einen Seite die Dominanz des amerikanischen Imperialismus, von Cannon als das „amerikanische Jahrhundert“ bezeichnet, auf der anderen Seite die Stärkung der ökonomisch erschöpften UdSSR durch ihren Sieg über den deutschen Imperialismus im Osten. Deutschland war hauptsächlich aufgeteilt zwischen dem amerikanischen Imperialismus (der französische und britische Imperialismus gingen durch den Ausgang des Krieges geschwächt hervor) und dem degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat.

Durch den Kurs des amerikanischen Imperialismus, die Errungenschaften des Oktober in der Sowjetunion zu zerschlagen, wurde die Sowjetbürokratie dazu gezwungen, eine soziale Revolution von oben durchzuführen, die Planwirtschaft auf die osteuropäischen Länder auszuweiten. Als der US-Imperialismus Westdeutschland mit der Marshall-Plan-Hilfe kräftig auf die Beine brachte, nahm die deutsche Bourgeoisie ein anglo-amerika-

nisches Gesicht an, dessen Bedeutung nur Antisowjetismus im amerikanischen Jahrhundert war. Die von der CIA finanzierte Exil-Sozialdemokratie in London und Stockholm wurde eine „amerikanische“ bürgerliche Arbeiterpartei. Schumacher, der ein Nazi-Konzentrationslager überlebte, war für seinen deutschen Nationalismus bekannt, er griff Adenauer sogar als „Kanzler der Alliierten“ an. Aber sein Nationalismus war weniger wichtig als sein überwältigender Antikommunismus, der die amerikanische Dominanz akzeptieren mußte.

Der Bau der Berliner Mauer, die Akzeptierung der Mauer von den anderen Imperialisten zeigte, daß der Tag „X“ – der Tag, an dem die deutsche Bourgeoisie die Errungenschaften des Oktober in der DDR und Polen durch die Kombination eines „populären Aufstands“ und Bundeswehr-Unterstützung zerschlagen will – irgendwo in der Zukunft lag und daß sie mit der DDR umzugehen hatte.

Mit dem Zusammenbruch von Bretton Woods – dem Weltwährungssystem, das sich auf die Dominanz des US-Imperialismus stützte – und der Niederlage der USA in Vietnam zeigte sich die Veränderung der Beziehungen zwischen den imperialistischen Mächten.

Der japanische und deutsche Imperialismus wurden zu Konkurrenten für den US-Imperialismus. Aber die USA sind immer noch die stärkste militärische und ökonomische Macht in der westlichen Welt. Die Entspannungspolitik des US-Imperialismus – nach der Niederlage im Vietnamkrieg Zeit zur Wiederaufrüstung zu gewinnen – bedeutete für die deutschen Kapitalisten etwas anderes. Die

deutschen Bankiers wollen *jetzt* keinen dritten Weltkrieg, egal ob mit Nuklearwaffen oder konventionell geführt, weil sie ihn *jetzt* verlieren werden. So trachtet die deutsche Bourgeoisie danach, die Planwirtschaft durch Kredite, Waren und gemeinsame Unternehmen zu unterminieren und sie gleichzeitig mit bürgerlicher Ideologie in sozialdemokratischen Farben, unterstützt von den korrupten stalinistischen Bürokratien, zu durchdringen.

Die deutsche Bourgeoisie bereitet ihren Weg vor, die Arbeiterstaaten zu zerschlagen. Sie baut ihre eigene Atombombe und die zweitgrößte Armee in der NATO auf als Vorbereitung, den dritten Weltkrieg zu gewinnen. Angesichts der Differenzen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Imperialismus, dem Handelskrieg und der Konfrontation über Sanktionen (Erdgas-Röhren-Geschäft) befindet sich der deutsche Nationalismus, ausgedrückt in Antiamerikanismus und Antisowjetismus, im Aufschwung.

Die deutsche Sektion steht vor einer Veränderung der deutschen Gesellschaft und der deutschen Sozialdemokratie, die von einer Partei der amerikanischen Bourgeoisie auf dem Weg zu einer Partei der deutschen Bourgeoisie ist. Die TLD muß den deutschen Nationalismus bekämpfen, sowohl den „linken“ – die sozialdemokratische „Friedensbewegung in Ost und West“ – als auch den rechten – Faschismus und Nazismus. Das Programm der deutschen Bourgeoisie ist ein neues „Großdeutsches Reich“ für das deutsche „Herrenvolk“, Rassismus gegen Juden und Türken und „Lebensraum“ im Osten, d.h. die Auslöschung der Arbeiterstaaten.

revolutionäre Wiedervereinigung..

Fortsetzung von Seite 1

„verlorenen“ Gebieten, die heute zu Polen und zur Sowjetunion gehören, haben in den letzten zwölf Jahren die Form von Ostpolitik angenommen. Was ist der Grund für Ostpolitik? Die deutsche Bourgeoisie ist sich sehr klar darüber, daß sie es jetzt nicht militärisch mit der Sowjetunion aufnehmen kann. Aber Westdeutschland ist eine starke ökonomische Macht, und daher versucht es, die Staaten des sowjetischen Blocks ökonomisch und politisch zu unterminieren. Nicht zufälligerweise unterstützt die SPD die konterrevolutionäre Solidarność. Tatsächlich war die SPD der Kanal, den die CIA benutzte, um Gelder an die Solidarność zu pumpen, diese gelbe „Gewerkschaft“ im Dienste des Vatikans und der westlichen Bankiers.

Und in Ostdeutschland ist die SPD dabei, aktiv eine Bewegung aufzubauen, genannt „Schwerter zu Pflugscharen“. Diese Bewegung hat zum Ziel, den deformierten Arbeiterstaat in Ostdeutschland angesichts der imperialistischen Bundeswehr, der zweitstärksten Armee in der NATO, zu entwandeln. Diese Bewegung ist das konterrevolutionäre

MG...

Fortsetzung von Seite 7

die stalinistische Bürokratie – „sie werden ja nur von anderen gedeckelt“ – und nicht die proletarischen Eigentumsformen, die sie verkörpern.

Aber die ostdeutschen Arbeiter wissen, daß 2,5 Millionen ihrer westdeutschen Klassenbrüder durch das kapitalistische Profitssystem erbarmungslos auf die Straße geworfen wurden. Die Planwirtschaft verhindert – trotz bürokratischer Gängelung und nicht organisiert durch Arbeiterdemokratie – Massenarbeitslosigkeit. In der DDR ist die Bourgeoisie als Klasse enteignet. Genau das will die deutsche Bourgeoisie, die bis 1945 dort herrschte, rückgängig machen. Die durch und durch antimarxistische Vorstellung, daß der „bundesdeutsche Nationalismus“ aus „Idealismus“ die „Eingemeindung von Zeiss/Jena und dem Müggelsee“ betreibt, kann nur der idealistischen Hörsaalwelt der MG entspringen. So behaupten die Kathedermarxisten: „Die Kapitalisten sind zwar die Nutznießer der Nation und ihrer Freiheit, über die Staatsgeschäfte bestimmen sie freilich nicht. Der Krieg gegen eine fremde Staatsmacht ist nicht ihr Interesse.“ (MAZ Hamburg, 23. April 1982) Ach ja? ... Und alle Frösche sind verwunschene Prinzen. Marx sagt: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ Und das Geschäft der Bourgeoisie ist es, dem bankrotten kapitalistischen System frisches Blut zuzuführen und die Oktobererrungenschaften zu zerschlagen.

Aber unter der Führung einer trotzkistischen Partei wird das Proletariat bereit stehen, dem irrationalen System und seinem ständigen Kreislauf von Krise und Krieg den endgültigen Todesstoß zu versetzen. Heute muß eine starke kommunistische Partei der Arbeiterklasse erst wieder geschaffen werden, im harten programmatischen Kampf auch gegen solche Quacksalber wie Fertl, die solange gegen Staat und Herrschaft sind, bis sie ihr 1984 am Computer organisieren können. Für einen siegreichen 17. Juni, für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands als industrielles Machtzentrum der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

„Wir werden Europa einigen. Wir werden es einigen gegen die feindliche kapitalistische Welt. Wir werden es in einen mächtigen Truppenübungsplatz des militanten Sozialismus verwandeln. Wir werden es zum Eckstein der sozialistischen Weltföderation machen.“ (Trotzki, Disarmament and the United States of Europe) Das ist das Programm, auf dem wir die deutsche Sektion der wiederzuschaffenden Vierten Internationale aufbauen werden! ■

näre Echo der westdeutschen „Friedens“ bewegung.

Die SPD behauptet in der „Friedens“bewegung, sie sei für ein „friedliches neutrales“ wiedervereinigtes Deutschland. Aber was man nicht vergessen sollte, es ist nicht das erste Mal in der jüngeren Geschichte, daß die deutsche Bourgeoisie versucht, friedlich auszugehen. 1933 hielt Hitler eine Rede im Reichstag, wo er sich als Pazifist darstellte. Sechs Jahre später begann der Zweite Weltkrieg. Die deutsche Bourgeoisie muß eine pazifistische Maske annehmen, weil es um Deutschland herum all die Russen, Polen und Franzosen gibt, die nicht glauben wollen, daß Deutschland wirklich friedlich sein wird, wenn es wiedervereinigt ist. Also versucht die deutsche Bourgeoisie auszugehen wie ein gigantisches Österreich.

Die TLD, deutsche Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, kämpft für das revolutionäre Programm in Deutschland – die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands. Das machtvolle deutsche Proletariat, das das stärkste, das größte und das bestorganisierteste Proletariat in ganz Europa ist, muß von der sozialdemokratischen Zwangsjacke befreit werden, die es wieder einmal in Kanonenfutter für den nächsten imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion verwandeln will.

Wir kämpfen gegen die Stationierung der Cruise Missiles und der Pershings. Nicht weil sie Magneten für russische Raketen sind, wie es die „Friedens“bewegung sagt. Wir kämpfen gegen ihre Stationierung, weil diese Waffen gegen Moskau und Leningrad gerichtet sind, weil die Imperialisten die Sowjetunion zerstören wollen. Das heißt, das Land der Oktoberrevolution – das erste Land, in dem die russischen Arbeiter der internationalen Arbeiterklasse den Weg wiesen – dieses Land ist in Gefahr. Und es ist die Aufgabe aller wirklichen Revolutionäre zu seiner Verteidigung zu eilen. Und das heißt für deutsche Trotzlisten, daß sie sagen müssen: Die Verteidigung der Sowjetunion und der DDR beginnt in Berlin!

Aber wir können bei der Verteidigung von DDR und Sowjetunion nicht der stalinistischen Bürokratie vertrauen. Der einzige Weg zur Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution ist die Ausweitung der Revolution. Für diese Aufgabe wurde die Kommunistische Internationale aufgebaut. Und aus diesem Grund kämpfte Trotzki für die Schließung der Vierten Internationale nach der stalinistischen Degeneration der Sowjetunion. Und dafür kämpft die internationale Spartacist Tendenz (IST) heute: der Kampf für die Wiedergeburt der Weltpartei der sozialistischen Revolution gegen alle Revisionisten und Renegaten des Trotzkismus. Wir wollen die schweren Bataillone des deutschen Proletariats gegen ihre eigene Bourgeoisie mobilisieren.

Wie man das macht, wurde vor 30 Jahren von den ostdeutschen Arbeitern gezeigt, 1953. Die ostdeutschen Arbeiter erhoben sich gegen die stalinistische Bürokratie und für die sozialistische Wiedervereinigung Deutschlands. Wir stehen auf diesem Programm für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Und im letzten Jahr, als der amerikanische antisowjetische Kriegstreiber Reagan seine Tour durch Europa machte, um die Kalte-Kriegs-Hysterie aufzuheizen, sagten wir: Deutschland wird Europa wieder organisieren; entweder unter dem Stiefel eines neuen Vierten Reiches, oder es wird Europa organisieren, indem es ein proletarisches Bollwerk wird. Und wir kämpfen für die sozialistische Alternative. Wir wollen die Macht der deutschen Kapitalisten zerschmettern, Krupp, Mannesmann, Hoechst usw., wir wollen die stalinistische Bürokratie hinwegfegen, die die DDR mit ihrer Politik vom „Sozialismus in einem halben Land“ unterminiert. Das heißt, wir kämpfen für die Verteidigung der Errungenschaften des Oktober, für ihre Ausweitung durch die sozialistische Revolution im Westen und die proletarische politische Revolution im Osten. Westdeutschland ist die drittstärkste imperialistische Macht der Welt, und die DDR ist das zehntstärkste Industrieland. Ein wiedervereinigtes Rätendeutschland wäre das industrielle Machtzentrum für eine sozialistische Planwirtschaft in ganz Europa. Heute fürchten die Völker in Europa berechtigterweise einen neuen Aufstieg des deutschen Militarismus. Heute sehen sich die

arbeitenden Massen in Westdeutschland als potentiell hilflose Opfer des Konflikts zwischen den „Supermächten“ – dank ihren sozialdemokratischen Führern und ihren „linken“ Helfershelfern in der „Friedens“bewegung. Aber zusammen mit ihren deutschen Klassenbrüdern hat die europäische Arbeiterklasse die Macht – im Kampf für ein revolutionär wiedervereinigtes Deutschland – zu verhindern, daß das deutsche Raubtier wieder Europa zerstört und kann stattdessen die ganze Welt für die proletarische Weltrevolution in Brand setzen. ■

17. Juni...

Fortsetzung von Seite 4

einer revanchistischen prokapitalistischen Revolte zu verfälschen, war es ein proletarischer Aufstand, der den Weg zu einem revolutionär wiedervereinigten Rätendeutschland hätte eröffnen können. Die Sozialdemokratie hat sich in den vergangenen Jahren zurückhaltender als die bürgerliche CDU zum 17. Juni geäußert. Sie versucht, die Ziele der deutschen Bourgeoisie, da sie anders als die CDU über Verbindungen und politischen Einfluß in der DDR verfügt, durch ökonomische Erpressung und innere Unterhöhnung der Arbeiterstaaten durchzusetzen. Daß es auch in ihren Vorstellungen nicht bei friedlichen Mitteln bleiben soll, drückte Helmut Schmidt im letzten Wahlkampf „im deutschen Interesse“ klar aus: „Neutralismus? Wir Deutschen verfügen über die modernste Armee der Welt!“

„Freie Wahlen in ganz Deutschland!“ war in den fünfziger Jahren eine beliebte Losung der SPD, denn sie konnte sich durch die bankrotte Politik des Stalinismus in der DDR hier durchaus Unterstützung erhoffen. Die am 17. Juni von Arbeitern in Magdeburg getragene Parole: „Wir verhandeln nicht mit Ulbricht und Adenauer, sondern nur mit Ollenhauer!“ dem damaligen SPD-Parteivorsitzenden, zeigte die Hoffnungen auf die Sozialdemokratie mit ihrem Scheinprotest gegen eine Westintegration. So lautete eine der Forderungen der ostdeutschen Arbeiter:

„Man soll nicht mehr warten, bis die Bonner Regierung die Initiative zur wirklichen deutschen Wiedervereinigung ergreift. Die DDR-Regierung muß sofort beginnen, die Barrieren, die die beiden Deutschland voneinander trennen, niederzureißen. Das Land muß durch geheime, allgemeine und freie Wahlen vereinigt und der Sieg der Arbeiter bei diesen Wahlen gesichert werden.“

Diese Illusionen der ostdeutschen Arbeiter, mit der SPD ihre sozialistischen Ziele zu erreichen, hätten aber von einer trotzkistischen Partei mit dem Programm der Ausweitung ihres Kampfes und der Mobilisierung des westdeutschen Proletariats zerstört werden können.

Willi Brandt erklärte 1951 ungeniert in seiner Schrift *Was geschieht am Tage X?* die konterrevolutionären Ziele der Sozialdemokratie. Er fordert den Weg zur Wiedervereinigung über „Freie Wahlen“. Sie sollte sich „zunächst“ nicht auf die „deutschen Gebiete (!) östlich der Oder und Neisse“ beziehen, wobei es „auf keinen Fall eine Anerkennung der willkürlichen Oder-Neisse-Linie“ geben darf. Aber die ostdeutschen Arbeiter traten am 17.

Juni nicht für eine Annektion der „ehemaligen Ostgebiete“ der deutschen Bourgeoisie ein. Brandt führt dann weiter aus:

„Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die arbeitenden Menschen in der Sowjetzone ebenso entschieden gegen eine Privatisierung der großen Industrie Stellung nehmen, wie sie andererseits für eine völlige inhaltliche Neugestaltung der entprivatisierten Betriebe eintreten werden. Daß der privatwirtschaftliche Sektor wieder anwachsen würde, darf jedoch als sicher angesehen werden.“

Er fordert dann den „Neuaufbau demokratischer Parteien und einer freien Presse“ und natürlich zur Umsetzung seines Plans einer „friedlichen“ Konterrevolution „die wohl allgemein als unerlässlich betrachtete internationale Hilfe“. Letztere erhielt die SPD von der CIA und dem US-Imperialismus für ihr im ostdeutschen Untergrund wühlendes Ostbüro denn auch reichlich. Aber ein friedliches Hinüberwachen in den Kapitalismus, ein solches umgekehrtes reformistisches Modell, kann es nicht geben. Wenn der 17. Juni eines bewiesen hat, dann das, daß die Arbeiterklasse sich ihre Errungenschaften nicht einfach entreißen lassen wird und daß auch die von Brandt damals geträumten Schlechwege einer Einschmuggelung des Kapitalismus nicht zum Erfolg führen können.

Feuerprobe für Trotzlisten

„Und wo blieb die Sozialdemokratie?“, war der enttäuschte Ausruf des sich für einen Trotzlisten haltenden Führers des kaum noch „Vereinigten“ Sekretariats der Vierten Internationale, deren eine Hälfte, die amerikanische Socialist Workers Party (SWP), sich inzwischen offen zum Gegner des Trotzkismus erklärt hat. Die trotzkistische Vierte Internationale wurde durch „Führer“ wie Mandel und Pablo zerstört, die im Stalinismus oder bei einer sozialdemokratisch beherrschten Arbeiterklasse wie in Westdeutschland in der Sozialdemokratie ein Mittel zur Abkürzung für die Revolution entdeckten. Die Antwort von Pablos Internationalem Sekretariat auf den 17. Juni 1953 war ein Manifest, das zur „wirklichen Demokratisierung der Kommunistischen Parteien“ – d. h. bürokratische Selbstreform – aufrief. Ernest Mandel, der damals unter dem Pseudonym Wilhelm Sprenger in dem linkssozialdemokratischen Journal *pro und contra* schrieb, versuchte die ostdeutschen Arbeiter direkt in die Arme der konterrevolutionären SPD-Führer zu treiben: Für ihn waren die Illusionen in Ollenhauer *positiv*, eine Garantie, daß der Arbeiteraufstand „nach vorwärts wies, zum demokratischen Sozialismus, nicht nach rückwärts zur kapitalistischen ‚Freiheit‘“. Und das ist sein Programm:

„Es liegt im Rahmen des Möglichen und des Erreichbaren, die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem überwältigenden Erfolg der Arbeiterbewegung und des Sozialismus zu gestalten. Freie, geheime, allgemeine Wahlen in Gesamtdeutschland bedeuten, bei einer richtigen SPD-Politik, eine absolute Mehrheit für die deutsche Sozialdemokratie, die erste reinsozialdemokratische Regierung in der deutschen Geschichte.“ (was tun, 29. Juni 1978)

Was dieser Pseudotrotzkist hier bewußt verschweigt, es gab in Deutschland eine andere „rein-sozialdemokratische“ Regie-



- Ich bin an Veranstaltungen und Materialien der TLD interessiert.
- Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren des **Spartakist**. DM 1,- für Porto habe ich beigelegt.
- Ich möchte den **Spartakist** abonnieren. 8 Ausgaben – DM 8,50 einschließlich **Spartacist** (deutsche Ausgabe)

Name

Anschrift

Telefon

Einsenden an/überweisen auf
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto 119 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

USA/China:

Hände weg von Vietnam!

Für den US-Imperialismus war Vietnam mehr als nur eine demütigende Niederlage. Es zeigte der Welt (nicht zuletzt dem amerikanischen Volk), daß diese gewaltige militärische und ökonomische Macht durch ein kleines aber heroisches und entschlossenes Volk geschlagen werden kann. Das Schauspiel, wie die Ledernacken verzweifelt kämpften, um vom Dach der amerikanischen Botschaft in Saigon (jetzt Ho-Tschi-Minh-Stadt) zu fliehen, hat die unterdrückten Massen von Zentralamerika bis Südafrika angefeuert, für ihre eigene Befreiung zu kämpfen. Vietnam ist den Klauen des französischen und danach des amerikanischen Imperialismus durch beinahe 40 Jahre bewaffneten Kampfes entrissen worden, was einer Million Vietnamesen das Leben kostete. Während des letzten Jahrzehnts hat die amerikanische herrschende Klasse versucht, besessen von Rachedenken, das sogenannte „Vietnam-Syndrom“ im In- und Ausland zu überwinden.

Selbst jetzt, acht Jahre nach dem Fall von Saigon, hat sich der US-Imperialismus unversöhnlich das Ziel gesetzt, den Vietnamesen mit allen Mitteln das Leben zur Hölle zu machen. Die USA haben für ihre finsternen Ziele eine unheilvolle Allianz von thailändischen Militaristen, chinesischen maoistisch-stalinistischen Bürokraten und Pol Pot, dem verrückten Völkermörder aus Kambodscha, zusammengeschmiedet. Und jetzt ziehen die USA den Schraubstock um Vietnam fester. Das Land wird durch eine von Washington inszenierte Handels- und Kreditblockade in den Hunger getrieben. Während vietnamesische Truppen in Kambodscha (Kampuchea) von thailändischen Kriegsflugzeugen mit Napalm angegriffen werden, fliegen die USA ultramoderne Waffen – unter anderem Flugabwehrraketen und weitreichende Geschütze – nach Thailand ein. Vietnams Nordgrenze liegt unter dem Feuer chinesischer Artillerie, die Erkenntnisse von amerikanischen Spionagesatelliten ausnutzen kann. Bei Zusammenstößen an der Grenze zwi-

schen China und Vietnam sollen laut chinesischen Angaben 16 vietnamesische Soldaten getötet worden sein. Und Washingtons kambodschanischer Erfüllungshelfer Prinz Sihanouk droht offen mit einer chinesischen Invasion von Vietnam.

Am achten Jahrestag des Falles von Saigon (am 30. April 1975) grüßen wir die mutigen Arbeiter und Bauern von Vietnam. Anders als bei der „Friedens“bewegung von pro-imperialistischen Politikern, Liberalen und Reformisten – die austrocknete, als die USA ihre massive Truppenpräsenz aus Vietnam abzog – verlangt unsere internationalistische Solidarität mit der vietnamesischen Revolution unversöhnliche Opposition zum neuerlichen militärischen Druck von den USA und China auf Vietnam. Unsere Genossen der Spartacist League/U.S., als amerikanische Revolutionäre im „Bauch des Monsters“, haben während des Vietnamkrieges die Losung aufgestellt: „Ganz Indochina muß kommunistisch werden!“ Heute ist es wieder nötig, daß die Werktätigen der ganzen Welt sich gegen die wahnsinnigen revanchistischen Provokationen des US-Imperialismus stellen. *USA/China: Hände weg von Vietnam!*

In Sydney, in Australien, demonstrierten unsere Genossen von der Spartacist League/ANZ am 20. April vor einem Staatsbankett für den chinesischen Premierminister Zhao Ziyang. Die Regierung der Kaltenkriegs-Labour-Party von Robert Hawke hat erst kürzlich ihr Amt angetreten und sofort das Versprechen von Labour zurückgenommen, Vietnam Wirtschaftshilfe zu geben. Die protestierenden Demonstranten verlangten „Nieder mit Hawke, Reagans Mann in Südostasien!“

Selbst wenn man die enormen Mengen an Waffen außer Acht läßt, die an die semi-kolonialen Länder geschickt werden, damit die brutalen lokalen Lakaien des Imperialismus diese einsetzen können, um ihre eigene Bevölkerung zu unterdrücken, so geht doch der Großteil der imperialistischen „Hilfe“ direkt auf die Schweizer Bankkonten der lokalen

Junta-Chefs, Öl-Scheichs, Großgrundbesitzer, politischen Strichjungen und Konsorten. Die vom Hunger gekennzeichnete Bevölkerung in der Sahel-Zone unterhalb der Sahara wird wohl kaum einen Pfennig der „humanitären Hilfe“ sehen, die an ihre Regierungen fließt. Die „Dritte Welt“ ist hochverschuldet bei Chase Manhattan, Barclays, der Deut-



Ho Tsch Minh

schen Bank usw., und das internationale Finanzsystem ist so angelegt, daß ein Großteil dieser Gelder zur Aufpolsterung ihrer Profite dient. Der Zweck der Hilfe für die Länder der „Dritten Welt“ ist es gerade, die Klassenverhältnisse aufrechtzuhalten, die Massenelend für die Völker von Asien, Lateinamerika und Afrika bedeuten. Umso bitterer ist es deshalb, daß die australische Labour Party ihre Versprechen an Vietnam nicht einhält, wo eine grundlegende soziale Umgestaltung die Bedingungen geschaffen hat, große Hilfssummen produktiv einzusetzen. *Brecht die imperialistische Wirtschaftsblockade!*

Seit Anfang 1979, als die Vietnamesen das Völkermord-Regime von Pol Pot in Kambodscha gestürzt haben, das mindestens zwei Millionen seiner eigenen Bevölkerung umgebracht hat, haben die USA die terroristischen Banden des gestürzten Diktators für mörderische Angriffe in Kambodscha bewaffnet. Vietnamesische und kambodschanische Truppen haben in letzter Zeit einige militärische Siege im Grenzgebiet zu Thailand erzielt und dabei mehrere wichtige Nester der Konterrevolutionäre ausgemerzt. Aber wieder einmal findet der amerikanische Imperialismus in China, mit seinen Ambitionen auf regionale Hegemonie in Indochina, ein bereitwilliges Instrument, um Vietnam zu verfolgen. Es war die vietnamesische Intervention in Kambodscha, die 1979 China dazu veranlaßte zu versuchen, „Vietnam eine blutige Lektion zu erteilen“, mit der geringen Zustimmung des US-Imperialismus. Damals wurde der Versuch einer Invasion durch chinesische Truppen von der vietnamesischen Armee zerschlagen, der vielleicht besten Mann-gegen-Mann-Kampftruppe der Welt. Aus diesem Anlaß schrieben wir damals:

„Wir rufen die Arbeiter und Bauern Chinas auf, ein Ende der finsternen anti-sowjetischen Allianz Peking-Washington zu fordern, die jetzt auf die Ausblutung der Werktätigen Vietnams abzielt.“ (*Kommunistische Korrespondenz*, Extrablatt 22. März 1979)

Nun gefährden die chinesischen Erben des „Sozialismus in einem Lande“ mit ihren Manövern um die Gunst des Imperialismus auf Kosten der Revolutionen anderer Völker wieder die Errungenschaften der vietnamesischen Revolution (und der chinesischen Revolution selber), indem sie mit den USA gemeinsame Sache machen bei einem

aggressiven antisowjetischen militärischen Kreuzzug, der letztlich die nukleare Auslöschung der Menschheit bedeuten kann. Und bezweifelt irgend jemand, daß ein antikommunistischer Fanatiker wie Reagan liebend gern China an die Erben Tschiang Kai-scheks zurückgeben würde, die jetzt Taiwan unter amerikanischer Protektion regieren? Wir Trotzisten sagen: *China darf kein Handlanger des US-Imperialismus sein! Wenn China einmarschiert, müssen alle Völker überall unverzüglich auf alle erdenkliche Art und Weise Vietnam verteidigen.*

1979 wurde Chinas militärisches Abenteuer gegen Vietnam überzeugend zerschlagen. Aber Vietnam ist nur ein kleines Land; die Bevölkerung von China ist 20 mal so groß wie die Vietnams. Und selbst wenn das Bündnis USA/China im Augenblick vor einer weiteren großangelegten Invasion zurückschreckt, zwingt der verstärkte militärische Druck, den die USA mittels der Thais, der Chinesen und der Pol Pot/CIA-Terroristen inszenieren, die Vietnamesen dazu, massiv in militärische Ressourcen zu investieren. Der US-Imperialismus will das vietnamesische Volk aushungern und die Regierung daran hindern, die Wirtschaft wieder aufzubauen, die 40 Jahre lang durch den Krieg verwüstet worden ist. Bei einer Pressekonferenz in New York am 27. April haben vietnamesische Regierungsvertreter angekündigt, daß sie bis Ende Mai Truppen in der Stärke von drei Divisionen aus Kambodscha abziehen werden. Mit Verweis auf die jüngsten militärischen Erfolge sagten die Vietnamesen, daß die kambodschanischen Truppen in der Lage sein werden, größere militärische Verantwortung zu übernehmen, das Land vor den unheilvollen Kräften von Pol Pot, Son Sann und Sihanouk zu beschützen. Sie luden ausländische Journalisten ein, sich vom Truppenrückzug selber zu überzeugen.

Nun werden die Angriffe auf Vietnam von allen möglichen Seiten hauptsächlich im Namen der „Selbstbestimmung“ für Kambodscha gerechtfertigt. Welche Heuchelei von den Leuten, die Lügengeschichten erfinden über kommunistischen „gelben Regen“, um ihre jahrzehntelange reale, im großen Stil betriebene chemische Verwüstung von Südostasien zu vertuschen. Tatsächlich ließ Pol Pots Kampuchea Stalins Gulag vergleichsweise wie einen gemütlichen Sportklub aussehen. Und die Ersten, die die Massensterben von Pol Pots Khmer Rouge auslöschten, waren die kambodschanischen Kommunisten, die mit Vietnam verbunden waren. Die Khmer Rouge selber waren ein Haufen von Studenten, die dadurch um den Krieg gegen den französischen Imperialismus herumkamen, indem sie in Paris studierten. In den Jahren unmittelbar nach dem Vietnamkrieg schlachteten die imperialistischen Propagandisten Kampuchea als den schrecklichen Inbegriff von „kommunistischem Totalitarismus“ aus. Henry Kissinger

Fortgesetzt auf Seite 11

schung, die Regierung von Ebert, Scheidemann und dem Bluthund Noske. Und sie herrschte auf den Leichen von tausenden Proletariern, um die Macht wieder an die Bourgeoisie zu übergeben. Trotzisten hätten für die Mobilisierung der westdeutschen Arbeiter gegen die Adenauer-Regierung gekämpft und versucht, mit dem Funken des ostdeutschen Arbeiteraufstands ganz Deutschland durch einen Generalstreik in Brand zu setzen. Mandel richtete sich gegen die Entfesselung der Macht des westdeutschen Proletariats: „Natürlich war es nicht möglich, am 17. Juni in der Bundesrepublik den Generalstreik zu proklamieren: dafür fehlten die objektiven Voraussetzungen.“ (*was tun*, 29. Juni 1978) Natürlich fürchteten die sozialdemokratischen Kalten Krieger, die nach dem Krieg halfen, Westdeutschland als antikommunistisches Bollwerk gegen die Sowjetunion aufzubauen, nichts mehr als einen Generalstreik. Für wirkliche Trotzisten hätte die Ausweitung der Streikbewegung auf Westdeutschland die Möglichkeit bedeutet, das westdeutsche Proletariat im Kampf um seine Klasseninteressen vom Würgegriff seiner bürokratischen Irreführer zu befreien.

Die Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) geht in ihrer Unterstützung der SPD und des Revanchismus in den Farben des „demokratischen Sozialismus“ unter den selbsternannten Trotzisten am weitesten. Die Forderungen der ISA würden einem Antikommunisten à la Schumacher voll zur Ehre gereichen: „Sofortige Wiedervereinigung Deutschlands – bedingungslos“, „Weg mit Mauer und Grenze in Deutschland und Berlin“, „Freie Wahlen in ganz Deutsch-

land“. Damit reiht sich die ISA in den anti-sowjetischen Kriegskurs gegen das Land der Oktoberrevolution ein.

Am 17. Juni 1953 erlitten die Arbeiter eine Niederlage. Aber ihr Kampf ist ein Leuchtfest für die Arbeiter Deutschlands und ganz Europas. Im Gegensatz zur polnischen Solidarność – der gelben Gewerkschaft im Dienste von NATO und deutschen Bankiers – kämpften die ostdeutschen Arbeiter für den Sozialismus. Im Geist der Arbeiter vom 17. Juni ist es allein die internationale Spartacist-Tendenz, die für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kämpft. 1953 erklärte die damals revolutionäre SWP:

„Um die großen revolutionären Gelegenheiten zu verwirklichen, die sich durch diese Ereignisse geboten haben, wird die Organisation einer revolutionären Partei des deutschen Proletariats unabdingbar. Bei der Darlegung der Bedingungen für eine erfolgreiche politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie sagte Trotzki 1924: ‚Vor allem müssen wir als unveränderliches Axiom festlegen – diese Aufgabe kann nur durch eine revolutionäre Partei gelöst werden.‘ Heute ist das wahr denn je.“ (*The East German Uprising*, von den Herausgebern der *Fourth International*)

In der Tradition von Lenin, Trotzki, Luxemburg und Liebknecht kämpft die TLD für den Aufbau einer siegreichen kommunistischen Partei als Sektion der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution.■

Kontaktadressen

FRANKFURT:
Postfach 16 747
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 0611/72 70 54

HAMBURG:
Postfach 20 14 34
2000 Hamburg 20
Tel.: 040/390 95 99

WESTBERLIN:
Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: 030/882 11 75

Yol...

Fortsetzung von Seite 5

Zine doppelt bestraft. Sie hat sich mit dem Tod schon abgefunden, da macht ihr Seyit Hoffnungen: „Gott wird dich bestrafen, nicht ich.“ Zine wird gezwungen, sich mit auf die Rückreise zu machen, ihre Kleidung besteht nur aus Baumwolltüchern. Ihr Sohn Mirza hat einen dicken Wollmantel an, der ihn von Kopf bis Fuß bedeckt. Als sie den Kadaver des Pferdes erreichen, bricht Zine, die immer starrer und erschöpfter wird, zusammen. Sie umklammert das tote Pferd und schreit den beiden, die weitergehen, nach: „Seyit! Überlaß mich nicht den Wölfen und den Geiern. Um Mirzas Liebe willen.“ Schließlich kehrt Seyit um, aber es ist zu spät. Seine Frau stirbt, während er sie auf seinem Rücken trägt.

Das gleiche Schicksal wie Zine erleiden unzählige andere Frauen, die „gefehlt“ haben. Und all die Pseudo-Linken, die Chomeinis „Islamische Revolution“ hochjubelten, unterstützten das, indem sie Parolen wie „Tod oder Schleier!“ beschönigten und Chomeinis Versprechen, Ehebrecherinnen und Homosexuelle zu steinigen und „rebellierenden“ nationalen Minderheiten eine „heilige“ Strafe aufzuerlegen, einfach abtaten.

Die Frauen, Kurden und Arbeiter der Türkei oder des Iran müssen überhaupt nicht sehr weit suchen, um einen greifbaren Ausdruck ihrer Hoffnungen auf gesellschaftliche Befreiung zu finden. Wenn sie auf die andere Seite der sowjetischen Grenze schauen, finden sie dort – trotz stalinistischer Degeneration und Reaktion – Leute, die kurdisch sprechen und darin unterrichtet werden, Frauen mit moslemischen Hintergründen aus vielen Nationalitäten, die nicht länger vom Schleier verhüllt sind, die am gesellschaftlichen Leben als Menschen und nicht als Tiere teilnehmen. Die gesellschaftlichen Grundlagen für diesen Sprung über die Jahrhunderte hinweg wurden durch die siegreiche bolschewistische Revolution und die Etablierung der Diktatur des Proletariats gelegt. Vor 60 Jahren waren moslemische Frauen im zentralasiatischen Teil der Sowjetunion nicht besser dran als Zine. Eine der ersten Aufgaben der jungen bolschewistischen Regierung war die Schaffung von Zhenotdel, einer Organisation für die Arbeit unter Frauen. (Eine detaillierte Beschreibung der bolschewistischen Arbeit unter den Frauen des Ostens ist in *Women and Revolution* Nr. 12 zu finden.)

Obwohl durch den Stalinismus die Glorifizierung der Familie forciert wird, kann man heute den Unterschied in den Lebensbedingungen zwischen den Frauen des sowjetischen Ostens, die in einer kollektivierte Gesellschaft leben, und ihren Verwandten in Afghanistan, Iran und der Türkei, die feudaler Sklaverei unterworfen sind, nicht in Jahrzehnten, sondern in Jahrhunderten messen. Das ist das Ausmaß der sozialen Errungenschaften der russischen Revolution, die gegen den imperialistischen Kriegskurs verteidigt werden müssen. Um diese Errungenschaften auszuweiten, ist es notwendig, revolutionäre proletarische Parteien wie die bolschewistische Partei aufzubauen, die es als

Stoppt den Völkermord an den Kurden!

Am 25. Mai eröffnete die türkische bonapartistische Militärjunta in Zusammenarbeit mit dem diktatorischen baathistischen Regime des Irak einen erneuten Völkermordangriff auf das kurdische Volk. Zwei Eliteeinheiten der türkischen Armee wurden über die irakische Grenze geschickt, um die Kurden zu ermorden, die in den Irak gegangen waren. Der Londoner *Guardian* (28. Mai) kommentierte: „Die Kämpfe haben vermutlich begonnen ... als 7000 iranische Kurden versucht haben sollen, vom Iran in die Türkei zu gelangen, um von dort aus den Irak zu erreichen.“ In einer Erklärung der Vereinigung Kurdischer Studenten im Ausland (AKSA) vom 31. Mai hieß es: „Die schweren Kämpfe gehen weiter und ... angeblich ist die türkische Armee dabei, weitere Truppenverstärkungen an ihre Ostgrenze mit dem Irak zu schicken.“

Das türkische Außenministerium gab die türkisch-irakische Zusammenarbeit bei diesem Angriff offen zu und erklärte, daß „mit unserem Freund und Nachbarn, der irakischen Regierung, Beratungen über die Entwicklung stattfanden“. Währenddessen lobte die reaktionäre türkische bürgerliche Zeitung *Günaydin* voll chauvinistischer Hysterie „die Operation“ als eine „Lektion“, die den Kurden erteilt würde.

Diese „Operation“ erfolgte kurz nach der

Verhängung von 35 Todesurteilen gegen Kurden in Diyarbakir, die des Aufbaus einer nationalistischen Bewegung beschuldigt wurden. In solchen Massenprozessen werden Linke, Arbeiteraktivisten und selbst bürgerliche Liberale zu lebenslanger Haft oder sogar zum Tode verurteilt. Schon lange sind die Kerker der Junta voll, und Folter ist allgemein üblich.

Das kurdische Volk ist auf vier Länder aufgeteilt, in denen es aller grundlegenden demokratischen Rechte beraubt ist. Die größte Konzentration gibt es in der Türkei, wo die Kurden ein Fünftel der 50 Millionen umfassenden Bevölkerung ausmachen. Seit dem Militärputsch vom September 1980 hat die Junta, die selbst die Existenz der Kurden als ein eigenes Volk leugnet, die Angriffe auf kurdische Nationalisten und Linke verschärft (auch unter der vorhergehenden Zivilregierung fanden diese Angriffe statt). Sogar der Gebrauch der kurdischen Sprache, zum Unterhalten und in der Literatur, ist illegal, und die jüngste Verfassung der Junta hat Einschüchterung, Unterdrückung und Mord weiter legitimiert.

Währenddessen leben die Kurden im Irak, wo sie ebenfalls all ihrer demokratischen Rechte beraubt sind, unter der diktatorischen Unterdrückung von Saddam Husseins Regime und sind unaufhörlich Zwangsumsied-

lungen und Massenvertreibungen ausgeliefert. Im Iran hat sich der Völkermord an den Kurden seit der Machtübernahme des persisch-chauvinistischen Fanatikers Ajatollah Chomeini verschärft, und viele wurden dazu gezwungen, aus dem Land zu fliehen. Aber bei diesem Versuch fallen zahlreiche Kurden in die Hände der mörderischen Baathisten und des blutigen chauvinistischen kemalistischen Militärs in der Türkei. Und auch in Syrien sind die Kurden tiefgehender nationaler Unterdrückung ausgesetzt. Ihr bloßes Existenzrecht wird ihnen an allen Ecken und Enden streitig gemacht – mit Ausnahme der Sowjetunion, wo den Kurden Autonomie zugestanden wurde.

Es sind deutsche Panzer, bereits unter der SPD-geführten Regierung nach Ankara geliefert, mit denen die türkischen Pinochets Jagd auf Kurden machen, genauso wie die reaktionäre Kohl-Regierung verfolgte Kurden und linke Türken an General Evrens Henkersknechte auslieferte. Keine Deportation von Kemal Altun! Politisches Asyl für Altun und die anderen verfolgten Kurden! ÖTV, Hafenarbeiter in Hamburg, Bremerhaven, boykottiert den Transport der NATO-Mörderwaffen!

Gegen die jüngsten Angriffe auf die Kurden wurde am 31. Mai in London eine Protestkundgebung vor der türkischen Botschaft organisiert, an der sich Demonstranten von AKSA, der Patriotischen Vereinigung Kurdistans, des Komitees für die Verteidigung demokratischer Rechte in der Türkei, Anhänger der „Leninisten“ der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP/L), und andere beteiligten. Ein Block unserer Genossen der Spartacist League/Britain (SL/B) schloß sich mit Plakaten in farsi, türkisch, arabisch und englisch der Demonstration an und forderte: „Stoppt den Völkermord an den Kurden im Iran, im Irak, in der Türkei und in Syrien!“ und „Für das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung!“ Während einige andere Demonstranten, darunter Anhänger der TKP-„Leninisten“, riefen: „Vereinte Nationen, wo seid ihr?“, skandierte die SL/B dagegen: „Die UN, diese Räuberhöhle, ist kein Freund der Kurden – raus aus dem Nahen Osten, sofort!“ Andere Slogans der SL/B riefen nach Arbeiter- und Bauernregierungen im ganzen Nahen Osten. Am Ende sangen die meisten Kurden ihre Nationalhymne, während die SL/B und einige Kurden die Internationale anstimmten.

Es ist die elementare Pflicht des internationalen Proletariats, von Verteidigern demokratischer Rechte, das kurdische Volk gegen den allseitigen Völkermord zu verteidigen. Nieder mit den Schlächtern der Kurden! Stoppt den Völkermord an den Kurden im Iran, Irak, in der Türkei und in Syrien! Für das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung! ■



1929: Frauen im sowjetischen Nordkaukasus beim Unterricht im „Kreis zur Liquidierung des Analfabetentums“

zentrale Aufgabe ansehen, Übergangsorganisationen zu schaffen, die sich an die unterdrückten Frauen wenden und ihre Fähigkeit zum Kampf erwecken.

Und genau das, die Antwort auf die bittere Realität und brutale Unterdrückung, die in Güneys Film so lebendig beschrieben wird, fehlt vollständig in *Yol*. Das starke und militante türkische Proletariat, einschließlich seines kurdischen Bestands, ist – mobilisiert unter der Führung einer leninistischen Avantgardepartei, die die Perspektive der permanenten Revolution auf ihr Banner geschrieben hat – die soziale Kraft, die die Frauen und Kurden der Türkei aus ihrer Unterjochung befreien kann. Aber in *Yol* kommt die Arbeiterklasse überhaupt nicht vor, ebensowenig wie in den meisten anderen Filmen Güneys.

Den einzigen Ausweg, den Güney anbieten kann im Kampf gegen die Unterdrückung der Kurden, ganz zu schweigen von der allseitigen Unterdrückung im Kapitalismus, ist, ein Gewehr zu nehmen und in die Berge zu gehen. Kommunisten treten als elementare Verpflichtung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes ein. Aber die Ge-

schichte hat immer wieder bewiesen, daß kurdischer Nationalismus und isolierter Kampf in die Niederlage führen. Nationalismus, Stalinismus, Ajatollahs und Scheichs – sie alle haben das kurdische Volk betrogen oder unterdrückt. Und was hat der kurdische Nationalismus den Frauen anzubieten, außer der Fortdauer der Unterdrückung, unter der sie heute leiden.

Jeder Kämpfer für die Befreiung der Frauen und die nationalen Rechte der Kurden, der sich *Yol* ansieht, sollte die Schlußfolgerung ziehen, daß es notwendig ist, das Beispiel der Oktoberrevolution von 1917 zu wiederholen. Die Frage ist, wie man dahin kommt. Es ist notwendig, ein Instrument zu schmieden, eine trotzkistische Partei, die auf dem revolutionären Programm basiert, eine Partei, deren Banner nicht beschmutzt ist durch Unterstützung für die blutige islamische Reaktion im Iran und den antikommunistischen Feudalismus in Afghanistan. Und das ist der Grund, warum wir den Film unseren Lesern empfehlen können: Er bietet einen Einblick in die barbarische Realität, und unser Programm weist die einzige Perspektive, diese Realität zu verändern. ■

**TKP Leninistleri
üzerine yazılar**

-Stalinizme karşı Troçkizm
-Polonya ve TKP/L

2,50 DM

- Troçkismus gegen Stalinismus
- Polen und TKP/L

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

WORKERS VANGUARD

Reagan's Butchers Shaking
**Salvador Leftists:
On to Victory!**

ABONNIERT!

DM 45, — für 24 Ausgaben (Luftpost)
DM 8, — für 10 Probeexemplare

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Nicaragua...

Fortsetzung von Seite 12

Vietnam war ein Sieg! Zwei, drei, viele Niederlagen für den Imperialismus!

Wohin geht Nicaragua?

Als die Guerillakräfte der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) am 19. Juli 1979 triumphierend in Managua einmarschierten, eröffnete das eine revolutionäre Situation in der ganzen Region. Und heute sehen wir eine sich eskalierende Söldnerinvasion in Nicaragua. Während Reagan die Spannungen verschärft, ist die gesellschaftliche Polarisierung in Nicaragua gewachsen. „In unserer Revolution gibt es keinen mittleren Boden mehr“, sagte Leticia Herrera, nationaler Führer des Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS), im letzten Monat vor einer Menge von Slumbewohnern in einem der armen Stadtviertel von Managua. Aber die FSLN besteht auf der Aufrechterhaltung „des strategischen Schemas der Blockfreiheit, der gemischten Wirtschaft und des politischen Pluralismus“. Anstatt die Arbeiterklasse für eine soziale Revolution zu mobilisieren, um die politische Revolution zu vollenden, die die blutdürstige Somoza-Dynastie stürzte, ruft die FSLN zur Einheit von „Arbeitern, Bauern, Studenten, Intellektuellen, Fachleuten, Geschäftsleuten“ auf („FSLN ruft zur Verteidigung des Vaterlands auf“, *Barricada*, 9. April). Die kleinbürgerlichen Nationalisten suchen die „friedliche Koexistenz“ mit der Bourgeoisie im eigenen Land und jenseits der Grenzen – selbst zu dem Zeitpunkt, wo die Imperialisten und die einheimischen Kapitalisten offen die Konterrevolution schüren. Die *contras* müssen nicht nur durch Gewehre vernichtet werden, sondern auch durch die Entfesselung der ungeheuren Energie der arbeitenden Massen im Kampf um ihre Befreiung von einem Leben der Armut und Unterdrückung, zu dem sie durch den Kapitalismus verurteilt sind.

Den beschränkten nationalistischen Standpunkt der stalinistischen Bürokratie widerspiegelnd, die an der Spitze des degenerierten Arbeiterstaates sitzt, verglich der sowjetische KP-Führer Jurij Andropow kürzlich die amerikanische Politik in Nicaragua mit der russischen in Afghanistan:

„... (als) ob es den Vereinigten Staaten egal wäre, welche Regierung in Nicaragua sein würde. Nicaragua befindet sich in einer riesigen Entfernung von den Vereinigten Staaten. Bei uns aber ist mit Afghanistan eine gemeinsame Grenze, und wir verteidigen unsere nationalen Interessen, wenn wir Afghanistan helfen.“ (*Der Spiegel*, 25. April)

Das klingt unheilvoll nach einem Angebot, Afghanistan gegen Nicaragua „auszutauschen“. Diese verräterische Bereitschaft des Kreml, Nicaragua zu opfern, hat nichts gemeinsam mit dem proletarischen Internationalismus von Lenin und Trotzki.

Die IST erklärte „Hoch die Rote Armee in Afghanistan“, die dort vom CIA unterstützte islamische Reaktionäre bekämpft, und wir sagen in Zentralamerika: „Junta-Schlächter werden gejagt, linke Aufständische brauchen russische Waffen!“ und „Zerschlagt Reagans ‚Bay of Pigs‘, Nicaragua braucht MIGs!“

Fast vier Jahre lang hat die FSLN eingehalten, was einer ihrer Führer kurz nach dem Sieg der Sandinistas versprach: „Privateigentum wird in diesem Land respektiert werden.“ Das war der programmatische Ausdruck der Bündnisstrategie der FSLN mit den „schwankenden Teilen der mittleren Bourgeoisie“, die sie an die Macht brachte. Somoza wurde durch einen genuinen nationalen Aufstand gestürzt, an dem praktisch die ganze Bourgeoisie außerhalb seiner Familie und seiner eigenen Privatarmee beteiligt war. Die wirkliche Macht war aber bei dem Aufstand fest in den Händen der FSLN, einer Bewegung, die in ihren groben Hauptzügen Castros Bewegung des 26. Juli zum Zeitpunkt ihrer Machtübernahme in Kuba ähnelt.

Heute ist die Entscheidung zwischen sozialer Revolution oder blutiger Konterrevolution in Zentralamerika nicht mehr zu umgehen. Die eigene Erfahrung der Sandinistas macht das Tag für Tag klarer: die „anti-Somoza-Bourgeoisie“ von gestern ist zur „Ausverkaufs-Bourgeoisie“ von heute geworden. Da sie Nationalisten sind, kämpfen die Sandinistas weiter gegen diese Entscheidung, und da sie sich selbst auf den Kreuzweg der Geschichte stellen, können sie den Weg der Niederlage für die Massen vorbereiten.

Wenn die kleinbürgerlichen Bonapartisten unter Reagans Gewehren eine Wende vollziehen und die Enteignung der Bourgeoisie verfügen, würde das Ergebnis im besten Fall ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat

setzt haben, haben Hilfe aller Art zur Verfügung gestellt... Praktisch von Grund auf neu beginnend hat Kambodscha sich erstaunlich und bemerkenswert erholt.“ (*Far Eastern Economic Review*, 17. März)

Die proimperialistische Kampagne gegen die Präsenz Vietnams in Kambodscha ist Teil eines blutrünstigen Rachefeldzuges der unversöhnlichsten Feinde der vietnamesischen Revolution. Die Chinesen verlangen Kambodscha – und letztlich Vietnam – als Preis für die Versöhnung mit der Sowjetunion. Und wir finden die offensichtliche Bereitschaft des Kreml, jeglichen Anschein von Internationalismus fallen zu lassen, um Entspannung mit den imperialistischen Verrückten zu erreichen, wie es Andropow jüngst zu Nicaragua verkündet hat, nicht gerade beruhigend. Wir wünschen uns nur, daß die Lügen von Reagan/Kirkpatrick wahr wären, daß die enormen militärischen und technologischen Ressourcen der sowjetischen kollektivierte Wirtschaft den linken Aufständischen in Zentralamerika und den resoluten, mutigen Vietnamesen zur vollen Verfügung stünden. Voll Bitterkeit sehen wir, daß die Ressourcen der russischen Wirtschaft dazu verwandt werden, die Bäuche der klerikal-faschistischen Pilsudskisten in Polen zu mästen, während das heldenhafte vietnamesische Volk schreckliche Armut ertragen muß, um sich gegen all die mächtigen Kräfte zu verteidigen, die sich gegen Vietnam geschart haben. Die Notwendigkeit der proletarischen politischen Revolution in den deformierten Arbeiterstaaten ist wahrlich nie dringender gewesen als heute. *Vietnam war ein Sieg! Zwei, drei, viele Niederlagen für den Imperialismus!*

Nach Workers Vanguard Nr. 329, 6. Mai 1983

nach kubanischem Modell sein. Die Trotzkiisten haben ein entgegengesetztes Programm: der Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei, die die Arbeiter- und Bauernmassen auf den Weg führt, den die Bolschewiki im Oktober 1917 wiesen. Wir nutzen jede Gelegenheit, um für Arbeiterrevolution zu kämpfen, von Zentralamerika bis Westdeutschland. Und das heißt vor allem, die politischen Ketten zu brechen, die die Unterdrückten an ihre Unterdrücker fesseln.

Vollendet die Revolution!

Nicaragua könnte, wie wir seit 1979 sagen, ein „neues Kuba“ werden. In Nicaragua gibt es heute keinen kapitalistischen Staat im marxistischen Sinne der besonderen Formation bewaffneter Menschen, die unabänderlich der Verteidigung des Privateigentums an Produktionsmitteln verpflichtet sind. Mit



New York, 25. März

dem Rücken zur Wand, unter imperialistischem Druck und angesichts einer schwachen einheimischen Bourgeoisie könnten die Sandinistas die Kapitalisten enteignen und einfach aus Gründen der Selbsterhaltung eine soziale Revolution durchführen; die nicaraguanische Bourgeoisie ist aber immer noch unversehrt, da sie nicht sofort floh, wie es die kubanische 1959–60 tat.

Wir rufen heute zur Enteignung der Bourgeoisie in Nicaragua auf, für die Bildung von Räteorganen unabhängig von bürokratischer Kontrolle durch die FSLN, gestützt auf die Massenorganisationen (Gewerkschaften, Verteidigungskomitees, Milizen), um die Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zu mobilisieren und eine Arbeiter- und Bauernregierung zu errichten. Dazu ist die Führung einer trotzkistischen Partei notwendig, die nicht für beschränkten nicaraguanischen Nationalismus kämpft, sondern für proletarischen Internationalismus. Eine Führung, die die gerechten Kämpfe der Arbeiter gegen die einheimische Bourgeoisie, die Imperialisten und die staatskapitalistischen Teile der „gemischten Wirtschaft“ der FSLN verteidigt.

Aber die Trotzkiisten versuchen den Kampf über die Ebene von einfachen Lohnforderungen hinaus zu heben und ihn in einen Kampf für Arbeiterrevolution zu wandeln. Mit dem Programm der permanenten Revolution verstehen Trotzkiisten, daß selbst bürgerlich-demokratische Aufgaben wie Landverteilung an die Bauern (Enteignung der Großgrundbesitzer) nicht anders als durch die Diktatur des Proletariats gesichert werden können. Daher stellen wir eine Reihe von Übergangsforderungen auf, die in diese Richtung führen: Arbeiterkontrolle gegen die Sabotage der kapitalistischen „Fünften Kolonne“ und die pro-kapitalistischen Elemente des sandinistischen Regierungsapparats; für bewaffnete Arbeitermilizen; für Volkstribunale, um den verhassten Nationalgardisten und allen *contras* den Prozeß zu machen. Eine leninistisch-trotzkistische Partei muß

als Tribun des Volkes kämpfen und zum Beispiel die Avantgarde im Kampf zur Befreiung der Frau sein. Im Gegensatz dazu verweigern die Sandinistas das Recht auf Abtreibung explizit, um die katholische Kirche zu versöhnen.

Für Arbeiterrevolution in ganz Zentralamerika!

Eine proletarische Führung wäre vor allem internationalistisch. Das würde als erstes heißen, den salvadorianischen Linken effektive Hilfe zur Verfügung zu stellen – ihnen hat die FSLN eine internationalistische Schuld zu begleichen, anstatt Somozas Kredite von der Wall Street zurückzuzahlen. Stalins Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ war eine konterrevolutionäre Ablehnung des leninistischen Programms der sozialistischen Weltrevolution, aber die Vorstellung vom Sozialismus in einer Bananenrepublik ist offensichtlich absurd.

Der Schlüssel zur Arbeiterrevolution auf dem zentralamerikanischen Isthmus liegt nicht in einem der winzigen Länder, die die Landenge bilden, sondern in Mexiko mit seinem mehrere Millionen starken Proletariat. Jetzt ist gerade der Zeitpunkt, in dem die Kombination von der Ölkrise, der internationalen Finanzkrise und einer allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Krise in Mexiko eine Arbeiterrevolution im Land der Azteken Wirklichkeit werden lassen könnte.

Während Zentralamerika bereits in Flammen steht, wird jetzt auch der südliche Kegel Südamerikas erschüttert. Wegen Demonstrationen gegen die Pinochet-Diktatur in Chile wurden Tausende verhaftet, es gibt Generalstreiks gegen die Generale in Argentinien, in Bolivien widersetzen sich die Arbeiter der IWF-Austeritätspolitik der Volksfront. Jetzt ist die Zeit, den Sieg auf dem Schlachtfeld in El Salvador zu erkämpfen. Ein militärischer Sieg der Linken könnte den Weg zur Arbeiterrevolution eröffnen, die sich auf den ganzen Kontinent ausbreiten könnte.

Während sich der Großteil der westdeutschen Linken zur Invasion der somozistischen Söldner ausschwig, organisierte die Marxistische Gruppe (MG) Demonstrationen „gegen den US-Krieg in Nicaragua“. Aber die MG ging nur auf die Straße, um hilflosen „Protest einzulegen“ – eine Niederlage der linken Aufständischen in El Salvador ist für diese Kleinbürger mit ihren Ohnmachtsgedankengebungen schon ausgemachte Sache. „Macht dem Imperialismus Dampf – Klassenkampf!“ war eine ihrer verbalradikalen Losungen. Aber für wirklichen Klassenkampf hat die MG nur zynische Verachtung: die panische Flucht der letzten US-Soldaten vom Dach des Botschaftsgebäudes in Saigon 1975 ist für sie ein „Sieg“ des US-Imperialismus über Vietnam. Nur die TLD intervenierte auf diesen Demonstrationen mit einer Perspektive des Klassenkampfes. Revolutionäre in Westdeutschland müssen vor allem gegen die blutige Falle einer „politischen Lösung“ der Sozialdemokratie kämpfen. Im Gegensatz dazu weist die MG keinen Weg, wie sich die Arbeiterklasse aus dem Würgegriff ihrer verräterischen Führung befreien kann, die hier und in Zentralamerika die Revolution verhindern will.

Die Arbeiterbewegung kann eine Menge mehr für El Salvador und Nicaragua tun als periodische „Solidaritäts“-demonstrationen: militärische Hilfe für die salvadorianischen Rebellen, Bildung von internationalen Brigaden und vor allem sozialistische Revolution im eigenen Land – das Gespenst, das die Imperialisten am meisten fürchten. Unsere amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S. kämpfen für die Mobilisierung der nordamerikanischen Arbeiterklasse gegen ihre „eigene“ Bourgeoisie: für Arbeiterboykott der Militärgüter nach El Salvador und anderen zentralamerikanischen Terror-Regimen. Wir kämpfen in den Gewerkschaften für solche Forderungen als Teil unseres Programms, die Interessen der Arbeiter in den imperialistischen Ländern mit dem Kampf der zentralamerikanischen Massen zu verbinden. Wir kämpfen für Arbeiterrevolution in der gesamten Region und für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Lateinamerika, geführt von einer trotzkistischen Partei, die im Kampf für die Wiedergeburt der Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution, geschaffen wird.

Nach Workers Vanguard Nr. 329, 6. Mai 1983

Vietnam...

Fortsetzung von Seite 9

und seinesgleichen verwiesen auf die unglaublichen Grausamkeiten der Khmer Rouge, um nachträglich den US-Krieg gegen Indochina als einen „Menschenrechts“-Kreuzzug zu verkaufen. Aber das war kein Hinderungsgrund für den imperialistischen Aufschrei der Empörung, als die Vietnamesen Kambodscha besetzten. Die US-Kriegsverbrecher umarmten den gestürzten Massenmörder Pol Pot als neues Mitglied der „freien Welt“. „Für diejenigen, die die Jahre seiner Herrschaft überlebt haben, bedeutet Pol Pot die Personifizierung jeglichen Übels“, berichtete ein Journalist der *Los Angeles Times* kürzlich nach einer Kambodscha-Reise. Aber Pol Pot behält seinen Sitz bei den Vereinten Nationen dank seiner Gönner in Washington.

Kurz nach der vietnamesischen Intervention schrieben wir: „Werden die Kambodschaner, vor die Wahl gestellt, lieber nationale Unabhängigkeit oder Schulen, Heirat nach eigener Wahl, Lebensmittel, Kinder, medizinische Versorgung und Löhne haben?“ Nun, das Urteil ist inzwischen gefällt. Selbst einige US-Diplomaten geben zu, daß die Vietnamesen wirtschaftlichen Aufschwung und eine unvergleichlich humanere soziale Ordnung gebracht haben. Der frühere US-Diplomat Emory Swank, der als Botschafter in Phnom Penh Anfang der siebziger Jahre beim US-Marionettenregime von Lon Nol diente, stellte neulich in einem Interview fest:

„Die Vietnamesen, die ein völlig desorganisiertes, fast völlig verarmtes Land be-

SPARTAKIST

Zerschlagt den antisowjetischen Kriegskurs von El Salvador bis Polen!

Verteidigt Nicaragua!

Vollendet die Revolution!

Die Stunde der sozialistischen Revolution oder der blutigen Konterrevolution schlägt in Zentralamerika. In El Salvador verbuchen die linken Aufständischen weiterhin dramatische Siege über die von den USA unterstützte blutgetränkte Junta. Gegen das sandinistische Nicaragua wird ein unerklärter, von Washington kontrollierter Krieg geführt. Mit der apokalyptischen Vision eines globalen Kalten Krieges verkündet Ronald Reagan, daß „die nationalen Interessen von ganz Amerika in Zentralamerika auf dem Spiel stehen. Wenn wir uns dort nicht verteidigen können, können wir nicht erwarten, anderswo den Sieg davonzutragen.“ Die internationale Arbeiterbewegung muß Nicaragua verteidigen! Die internationale Spartacist Tendenz sagt: Killt die Invasoren! Treibt die USA raus aus Zentralamerika! Vollendet die Revolution in Nicaragua!

Wenn Reagan davon spricht, „anderswo den Sieg davonzutragen“, will er „die Quelle treffen“ und die Errungenschaften der sozialen Revolutionen zurückrollen, die von Havanna über Hanoi bis Warschau und Moskau die kapitalistische Herrschaft gestürzt haben. Das ist die Achse der amerikanischen Politik in der Karibik: die Anheizung des antisowjetischen Kriegskurses, nicht die Sicherung der Märkte über Kaffee, Bananen und Muskatnuß. Die am stärksten rechtsgerichtete amerikanische Regierung seit Jahrzehnten nahm einen Aufstand in El Salvador

und ein radikal-nationalistisches Regime ins Visier, bauschte das Minimum an sowjetischer Hilfe außerhalb jeder Proportion auf und verwandelte Zentralamerika in die Frontlinie des Kalten Krieges. Aber der Plan schlug ins eigene Gesicht zurück. Die Wirkungen des „Vietnamsyndroms“, die Furcht vor einer weiteren erniedrigenden Niederlage, wie sie dem mächtigsten imperialistischen Staat der Welt durch die heroischen indochinesischen Völker beigebracht wurde, sind vom Kapitol bis zum Pentagon immer noch allgegenwärtig. Reagan hoffte in Zentralamerika, dem traditionellen „Hinterhof“ der USA, das zustande zu bringen, was seine Vorgänger in Angola, Afghanistan und Polen nicht schafften. Aber auf dem Schlachtfeld El Salvador ist es klar: Mehrere Hundert Millionen Dollar und einige Dutzend amerikanische Berater können die Niederlage durch die linken Aufständischen nicht aufhalten, die breite Unterstützung in der Bevölkerung haben. Und gleich nebenan in Nicaragua erteilen die Sandinistas allein mit ihren Milizen Reagans Kriegshunden eine Lektion, ihre Armee halten sie dabei in Reserve.

Eine weitere Niederlage vor Augen, wollen Teile der amerikanischen Bourgeoisie die Forderung der linken Aufständischen nach „Verhandlungen ohne Bedingungen“ aufgreifen, um die „Schaffung von sowjetischen Militärstützpunkten“ zu verhindern und hoffen damit, die Revolution zu stoppen. Die

Politik der „politischen Lösung“ wird von den europäischen sozialdemokratischen Agenten des Imperialismus geteilt. Von François Mitterrand bis Willy Brandt fürchten sie, daß Reagans Intervention zur sozialen Revolution in Zentralamerika führt. SPD-Feuerwehrmann Wischniewski, auf seiner Mittelamerikareise von den Sandinisten als „Commandante Hans“ empfangen, erklärte nach seiner Rückkehr, daß sich die Regierung in Managua die Sympathien der gelben Sozialistischen Internationale verscherzen würde, wenn sie nicht weiterhin zu den Prinzipien des „Pluralismus“, der „gemischten Wirtschaft“ usw. stehen würde, eben jene Bedingungen, an die unlängst die reaktionäre Kohl-Regierung die Fortsetzung der westdeutschen Wirtschaftshilfe geknüpft hat. Die SPD/SI – deren konterrevolutionäre Rolle als CIA-Geldbriefträger in Portugal entscheidend für die Erwürgung der proletarischen Revolution war – greift in Zentralamerika ein, um die kapitalistische Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten und ein neues Kuba zu verhindern. An der Frontlinie des Kalten Krieges soll die sozialdemokratische Entspannungspolitik vor der eigenen Tür gerettet werden: durch ökonomische



Sandinistische Miliz: „No pasarán!“ – Die contras werden nicht durchkommen!

Unterminierung der Arbeiterstaaten die Zerschlagung der proletarischen Errungenschaften vorzubereiten und dem deutschen Imperialismus den Weg zur kapitalistischen Wiedervereinigung zu bahnen. Die „unheilige Allianz“ von Solidarność, Papst Wojtyła, SPD/DGB und nationalistischer „Friedens“bewegung hat das gleiche Ziel wie Reagan, der „das Kapitel des Kommunismus für immer schließen“ will.

Wir fordern den militärischen Sieg der linken Aufständischen in El Salvador, um den Weg für Arbeiterrevolution in der ganzen Region zu öffnen. Wir sagen: Verteidigt, vollendet und weitert die nicaraguanische Revolution aus! Zerschlagt den antisowjetischen Kriegskurs von El Salvador bis Polen! Und auf das reformistische und liberale Jammer „Kein neues Vietnam“ antworten wir:

Fortgesetzt auf Seite 11

Antisowjetische Provokation am 17. Juni in Westberlin

Stoppt die Reaktionäre/Nazis in der NATO-Frontstadt!

Westberlin, 6. Juni – Hunderte von Nazis und anderen Reaktionären wollen vom 16.–19. Juni in Westberlin die „Straße zurückerobern“. Ein „Fackelzug“ gegen die Mauer, die „Besetzung sowjetischer Einrichtungen“, ein Marsch auf ein Zentrum der Hausbesetzer („natürlich mit Ordnerdiensten“) und ein „Besuch“ in Kreuzberg, ein türkische Arbeiter im „Türkenviertel“ zu terrorisieren. Die rechtsnationalistische Konservative Aktion von Löwenthal und Pachmann und die antisowjetische „Gesellschaft

für Menschenrechte“ organisieren diese Provokationen unter der Obhut des CDU-Senats der Frontstadt Westberlin und mit staatlichen Finanzspritzen, damit Hunderte von Neonazis ihren Terror verbreiten können. Die alten und neuen Nazis setzen dabei auf die Unterstützung von Lammers Bürgerkriegstruppe der Westberliner Polizei, um dies ungestraft zu tun.

Doch die Mobilisierung von Gewerkschaftern, Linken, ausländischen Arbeitern, Hausbesetzern kann verhindern,

daß dieses braune Pack sich auf der Straße sehen lassen kann.

Die Faschisten träumen von einer neuen Reichskristallnacht, einem neuen Sturm auf die Gewerkschaftshäuser und einem erneuten Überfall auf Polen und die Sowjetunion. Sie wollen in der Frontstadt Westberlin, dieser vom Imperialismus finanzierten Brutstätte von Antisowjetismus und Rassismus, an der Mauer provozieren, mit dem Ziel der Konterrevolution im deformierten Arbeiterstaat Ostdeutschland.

Sie sollten nicht zurückkehren, wie sie in Berlin angekommen sind. Gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen sollten den Nazis eine Lehre erteilen, die sie nicht vergessen werden. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Verteidigt DDR und Sowjetunion, verteidigt die ausländischen Arbeiter, verteidigt die besetzten Häuser gegen diese Provokationen! Zerschlagt das Nazi-Pack!

Eine trotzkistische Organisation mit Einfluß in der Arbeiterklasse würde dafür kämpfen, das zehntausende Westberliner Arbeiter trotz der Stillhalteappelle ihrer reformistischen Führer die Faschisten stoppen, bevor sie Masseneinfluß erlangen können. Wir würden eine gemeinsame Aktion West- und Ostberliner Arbeiter einschließlich Freiwilliger der Roten Armee begrüßen, um so klarzumachen: Der 17. Juni gehört der Arbeiterklasse, nicht der Bourgeoisie! Wir wollen keine NATO-Frontstadt, wir wollen ein rotes Berlin in einem wiedervereinigten Rätedeutschland!